

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Zerbowerstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 2, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.70 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Kleinformat 10 Pf. — Post-Zustellungsorte Seite 890

Nr. 26.

Magdeburg, Donnerstag den 1. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten

## Die Bestien des Privilegien-Wahlrechts.

Aus Wien wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

„Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut“, das ist nicht nur der Grundsatz der preussischen Junker — die Stanzkyten in Galizien huldigen ihm nicht minder. Sie haben sich stets als die kaisertreuesten Patrioten gebärde, so lange ihnen in der Hofburg nicht auf die Sühneraugen getreten wurde. Hat sich doch der Kaiser, als er vor einigen Jahren gelegentlich in Lemberg weilte, zu den Schlachzigen, die ihn gleich einer dichten Wolke umgaben, geäußert, daß er sich in Galizien recht „zu Hause“ fühle. Die Stanzkyten nahmen das Kompliment mit tiefen Winklingen entgegen, das sie als eine landesväterliche Anerkennung ihres kaiserpatriotismus auffaßten. Nun hat ihr Patriotismus mit einem Schläge ein weitfließendes Luq erjalten: obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß die Regierung die Wahlreform mit Willen und Genehmigung der Krone aufgegrißen hat, scheuen die Stanzkyten kein Mittel, den Willen der Krone, der sich in dem vorliegenden Falle mit dem Willen der breiten Massen des polnischen und ruthenischen Volkes deckt, zu durchkreuzen. Und da es nicht in ihrer Macht liegt, Meinungsäußerungen der Krone über den fraglichen Gegenstand hintanzuhalten, so richten sie ihre Anstrengungen nun darauf, die Meinungsäußerungen des galizischen Volkes über die Wahlreform zu unterdrücken. Zu diesem Zweck bedienen sie sich skrupellos des Apparates, den ihnen die von ihnen beherrschte polnische Regierung in die Hände spielt: der Polizei, der Bezirkshauptleute, der Gendarmen und Staatsanwälte.

Die Nachrichten, die aus Galizien über die Gewalttaten der politischen Behörden in die Öffentlichkeit dringen, lesen sich wie Berichte von der russischen Gegenrevolution. Die galizischen Bezirkshauptleute waren seit jeher berüchtigt, jetzt aber scheinen sie sich in der rohen Unterdrückung der Wahlrechtsbewegung selbst überbieten zu wollen. Dabei haben sie es insbesondere gegen die Ruthenen abgesehen. Volksversammlungen werden gegenwärtig unter den niedrigsten Vorwänden unterjagt — auf eine bewilligte kommen zehn bis zwanzig verboten —, und kommen die Bauern trotz des Versammlungsverbotes zusammen, so werden sie von brutalen Gendarmen auseinandergejagt. Die wenigen Versammlungen aber, die man „bewilligt“, verfallen fast ausnahmslos der Auflösung, und es ist Pflicht zu nennen, wenn die Redner nicht von der Tribüne weg verhaftet werden.

Dabei ist es nicht „Hochverrat“, was zu Verhaftungsauflösung und Verhaftung führt: der Umstand allein, energisch für die auch vom Kaiser angekündigte Wahlreform einzutreten und gegen die Verjähmung der Reform zu protestieren, reicht dazu vollständig aus. Die Bezirkshauptleute — politische Behörden erster Instanz — machen es sich mit den Verhafteten recht bequem: sie warten nicht erst den Spruch des ordentlichen Gerichtes ab, das ja nicht immer „verlässlich“ ist. Sie verurteilen den Verhafteten „auf Grund“ einer alten aus dem Jahre 1854 stammenden Polizeiverordnung — dem sogenannten Prügelpatent — selbst, und zwar zu Strafen, die über das zulässige Maß weit hinausreichen.

Detailbildungen über die Art der Verfolgungen, die jetzt in Galizien gegen die Anhänger der Wahlreform beliebt werden, würden uns zu weit führen. Nur so viel sei noch hinzugefügt: es ist eine regelrechte Feste, die mit Polizei und Gendarmerie rücksichtslos gegen alles aufgebaut wird, was in Galizien nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht schreit. Dabei hoffen die schurkischen Stanzkyten zweierlei: erstens, damit die Wahlrechtsbewegung, die in Galizien seit der ministeriellen Ankündigung der Wahlreform nebst den Arbeitern nun auch unter den Bauern über alle Erwartungen kräftig zur Entwicklung gelangt ist, zu ersticken, oder zweitens die furchtbar aufgeregte Landbevölkerung zu Erzeugern der Verzweiflung zu treiben, die als Rechtfertigung für die von der verfluchten, ehrlosen Schlachta gewünschten Verhängung des Kusnackezuspruchs über Galizien zu dienen hätten.

Das erstere — die Erstreckung der Wahlrechtsbewegung — werden sie bestimmt nicht erreichen, dagegen scheinen sie das zweite — den Ausbruch von Erzessen der Verzweiflung — bald erreicht zu haben. Die Stimmungsberichte,

die aus Galizien über die Aufregung unter der polnischen und ruthenischen Bauernbevölkerung vorliegen, lassen das Schlimmste erwarten, wenn der insanen Verfolgungswut der Schlachtschützenbande nicht sehr bald von der Regierung wirksam entgegen gearbeitet wird. Die Bauern sind entschlossen, der rohen Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Zündstoff hat sich ungeheuer viel angesammelt. Fällt in das Pulverfaß der berühmte Funke, dann wird es — mitten in Zentraleuropa — eine furchtbare Explosion geben.

Um Dienstag ist das Parlament zusammengetreten. Herr v. Gausch wird bald darüber Rechenschaft ablegen müssen, warum in Galizien Statthalter und Bezirkshauptleute im Auftrage der Stanzkyten täglich Recht und Gesetz brechen dürfen, ohne daß ihnen die verantwortliche Regierung in den Arm fällt. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern rühren keinen Finger, dem niederträchtigen Treiben der galizischen Polizeibüttel Halt zu gebieten. Sie schauen mit verächtlichen Armen zu, wie ein ganzes Volk von entmenschten Kreaturen, die um ihre Privilegien zittern, zur Verzweiflung getrieben wird.

Uebrigens rührt sich der Polizeigeist auch in andern Provinzen. So wurde z. B. in Böhmen gegen unsere Genossen eine regelrechte Verfolgungsfeme eingeleitet, die sich auf Versammlungen und Straßenkundgebungen bezieht, die bereits vor einigen Monaten stattgefunden haben!

Vor einigen Tagen erschien in der Wiener Hofburg eine ruthenische Deputation und hat den Kaiser, die ruthenische Nation vor den wahlreformfeindlichen Anschlägen der Schlachta in Schutz zu nehmen. Das ist wohl der beste Beweis, daß man es in den verfolgten ruthenischen Provinzen noch lange nicht mit „sozialistischer Revolution“, die „den gewalttätigen Umsturz predigen“, zu tun hat. Der Monarch hat erklärt, daß die Regierung den Wahlreform-Entwurf im Monat Februar dem Reichsrat vorlegen werde, daß dabei die Rechte und Interessen aller Volksstämme auf das sorgsamste werden beachtet werden, und daß die Wahlreform den Anforderungen der Zeit Rechnung trage. Dann ernannte er die Deputation, „unbedingt in den gesetzlichen Bahnen zu verharren“ und ihren Einfluß aufzuwenden, „damit aufreizende Kundgebungen sowie Aeußerungen eines grundlosen Mißtrauens unterbleiben“.

Die Ermahnungen des alten Herrn klingen ja recht schön, nur dünkt uns, daß sie an eine falsche Adresse gerichtet sind. Der Kaiser möge durch „seine“ Regierung zuerst Vorjorge treffen, daß die Behörden in Galizien die gesetzlichen Bahnen beachten, anstatt durch eine wahnwitzige Verfolgung und Unterdrückung der Wahlrechtsbewegung aufreizende Kundgebungen gegen Recht und Gesetz zu arrangieren. Es ist sonst sehr leicht möglich, daß die ruthenischen Bauern in der Zukunft auf einen weiteren Gang zum Kaiser verzichten, und das aus sehr naheliegenden Gründen. — e. r.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 31. Januar 1906.

### Ein mißglückter Staatsstreich?

In einem Artikel, der der Diätenfrage gewidmet ist, macht das „Berliner Tageblatt“ eine recht seltsame Bemerkung. Es schreibt nämlich:

Es waren Gründe der Staatsräson, die bisher den Kanzler und seinen Stellvertreter zu einer ablehnenden Haltung in der Diätenfrage veranlaßten; oder, bestimmter ausgedrückt, man war sich nicht im reinen darüber, ob man nicht dem Reichstage die „gepanzerte Faust“ zeigen wollte. Vielleicht waren wir am 20. Januar einer Krise näher, als der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Aber der friedliche Verlauf des 21. Januar hat den Horizont entmüht, und die wieder wärmende Sonne brachte auch die Diätenfrage zum Reifen.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht damit recht offen aus, was in den letzten Tagen in Berlin da und dort herumersäht worden ist. Das sich ein liberales bürgerliches Blatt zum Träger solcher Gerüchte macht, beweist zwar noch nicht, daß sie wahr sind; es beweist aber doch, daß man selbst in bürgerlichen Kreisen, dort vielleicht viel mehr als in Arbeiterkreisen, sofort bereit ist, dem herrschenden System jede Unvernunft ohne weiteres zuzutranen. Wir haben neulich ein Zentrumsblatt, die „Germania“, darauf festgenommen, daß sie den herrschenden Kreisen die Absicht einer gewalttätigen Aenderung der Reichsverfassung geradezu als etwas Selbstverständliches

untergeschob. Auf genau denselben Wegen finden wir heute das „Berliner Tageblatt“. Dieses zahme bürgerliche Blatt meint, man hätte nur auf eine billige Gelegenheit gekauert, um über den ahnungslosen Reichstag herzufallen, der an Straßenkrawallen, wären sie wirklich vorgefallen, sicher ganz unschuldig gewesen wäre!

Indes — man soll nicht falsch Zeugnis ablegen wider seinen Nächsten! Die insanen Verleumdungen, mit denen die Arbeiterchaft in den letzten Wochen verfolgt worden ist, kann sie nicht veranlassen, ihren Gegnern mit gleicher Münze zu zahlen. Gatten diese sich aus den Fingern gelogen, daß die Berliner Arbeiter zum 21. Januar einen Sturm auf das Schloß planten, so wollen wir deshalb doch nicht annehmen, daß etwa das dritte Armeekorps zum Sturm auf den Reichstag mobilisiert worden sei. Aber wenn die bürgerliche Presse solche Gerüchte verbreitet und ihnen Nahrung leiht, dann sollte sie doch auch sagen, an welchen Stellen sie jene Gemütsverfassung, jene Gesinnung vermutet, ohne die ein solcher Plan nicht gedacht, geschweige denn ausgeführt werden könnte.

Um die Tollheit jener Gerüchte ganz zu erfassen, muß man in Erwägung ziehen, daß die Gefahr auswärtsiger Verwicklungen durchaus noch nicht so ganz beseitigt ist, wie man uns glauben machen möchte. An demselben Tage, an dem Herr von Schön in Petersburg vor dem erhabenen Nikolaus seinen echt deutschen Kotau machte, richtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ohne jeden andern sächlichen Anlaß als den des kaiserlichen Geburtstagsfestes einen Strahl ausgelegter Inzarnien an die Adresse der französischen Republik. Auch der Gang der Verhandlungen in Mexicos geschickter, aber nicht so glücklich, die optimistischen Erwartungen, die man an mancher Seite an sie geknüpft hat. Es ist sehr sonderbar, daß streng patriotische Blätter zu einer solchen Zeit von der Gefahr schwerster innerer Krisen, von drohenden Attentaten auf das Reichstagswahlrecht reden — glauben sie damit den „Patriotismus“ zu entflammen? Und noch merkwürdiger ist es, daß sie das unter dem Anschein vollkommener Ruhe tun, obgleich sie doch wissen müssen, daß ein Politiker, der ernsthaft an die Beseitigung des Reichstagswahlrechts dachte, im besten Falle unter Vormundschaft gestellt werden müßte. Kurz, wir sind gern bereit, das Gerücht der „Germania“ und des „Tageblatt“ für sinnlosen Schwatz zu nehmen, wohl aber wäre von diesen Blättern zu erwarten, daß sie zu ihre unverständlichen Haltung endlich auch einen verständlichen Kommentar schreiben.

Sollten vielleicht solche Manöver den Zweck verfolgen, die Arbeiterchaft in ihrem Wahlrechtskampfe einzuschüchtern? Sie wird sich ganz gewiß nicht einschüchtern lassen! Sie selbst kämpft auf dem Boden der Geseßlichkeit und hat keine Furcht vor Staatsstreichversuchen. Die Katastrophopolitiker, sofern es solche in den herrschenden Kreisen wirklich gibt, treiben ihr Handwerk ganz auf ihre eigne Verantwortung: sie können höchstens den Untergang des Deutschen Reiches in seiner heutigen Gestalt, nicht aber den Untergang des deutschen Volkes herbeiführen, dessen Lebensenergie, dessen Arbeitsmut und dessen Freiheitsdrang alle Stürme überdauern würde. Nicht im Gefängnis, nicht durch Militärverfügungen, nicht durch die Drohung mit dem Verfassungsbuch läßt sich mehr der Ruf nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen erheben! —

### Schreckensurteil im sächsischen Landtag.

Am Montag wurde in der Zweiten Kammer der Landtag verhandelt. Selbstverständlich ließ es sich der sozialdemokratische Vertreter, Genosse Goldstein, nicht nehmen, die neuesten Urteile der durch den Löbtauer Prozeß in aller Welt bekannten Justiz des grüntonigen Massenstaats gehörig zu beleuchten.

Die Schreckensurteile, die die Dresdner Richter gegen Demonstranten und solche, die es sein sollten, gefällt haben, fordern schon an sich die Kritik heraus; in ihrer ganzen Wesenheit enthüllen sie sich aber erst, wenn man sie mit Urteilen vergleicht, die wegen ähnlicher Vergehen gegen Säbne besitzender Eltern, gegen Studenten, gefällt werden. Die Geldstrafen von 5 bis 35 Mark, die in Freiburg gegen einige Schüler der Bergakademie ausgesprochen wurden, die der Polizei Widerstand geleistet, groben Unfug verübt und einen großen Aufruhr verursacht hatten, stehen in schreiendem Kontrast zu den 20 Jahren Gefängnis, die über die Demonstranten verhängt wurden. Erst aus dieser Gegenüberstellung gewinnt man einen Anhalt dafür, wie der politische Charakter der Demonstrationen auf die Justiz eingewirkt

hat, wie die Klassenurteile der Richter ohne ihren ausdrücklichen Willen doch die Höhe des Strafmaßes ungeheuer beeinflusst haben.

Es kommt aber noch eine andre Einwirkung dazu. Auf eine Frage des Genossen Goldstein gab der Justizminister Otto ohne weiteres zu, daß er der Staatsanwaltschaft Dresden anempfohlen habe, die Prozesse gegen die Demonstranten möglichst schnell zu erledigen, was zu seiner Freude auch geschehen sei. Solche Einwirkung auf die Staatsanwaltschaft ist sein gutes Recht, erklärte der Minister; die Richter ständen für eine Beeinflussung viel zu hoch da. Genosse Goldstein konnte auf diese letzte Bemerkung mit grimmigem Humor auf das Bekenntnis eines früheren sächsischen Justizministers hinweisen, daß wegen unzutreffender Urteile private Rücksprache mit den Richtern gepflogen werde! Außerdem ist folgendes zu bedenken: Den Richtern bleibt natürlich die Anweisung des Justizministers an die Staatsanwaltschaft nicht verborgen. Sie erfahren, daß der Minister die schnelle Erledigung der Prozesse will, damit die Urteile von weiteren Demonstrationen abhören. Die Regierung will den Schrecken, sagte einer der Richter. Es kommen Schreckensurteile. Aber ohne jede Beeinflussung durch den Justizminister.

Somit ist aus den Verhandlungen noch von allgemeinem Interesse die Erklärung des Ministers, daß bei der Reform der Strafprozedur entgegen den Vorschlägen der Reformkommission die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Kompetenz erhalten bleiben sollen. Die Urteile der Strafkammern sollen der Berufung unterworfen werden. Soweit ist's leidlich. Dagegen können sich die Regierungen nicht entschließen, das mangelhafte Institut der bedingten Wegnadigung durch die rationelle Einrichtung der bedingten Verurteilung zu ersetzen.

Bemerkenswert ist, daß der Minister die Mitwirkung der sächsischen Regierung verweigert bei der Durchführung der Forderung nach Diäten für Geschworne und Schöffen, damit den Arbeitern die Möglichkeit zur Bekleidung solcher Ehrenämter gegeben werde. Auf die Forderung des Genossen Goldstein, bei der Auswahl der betreffenden Arbeiter nicht auf die politische Gesinnung zu sehen, antwortete der Minister nicht. Der oberste der Reaktionsäre, Rittergutsbesitzer Opitz, aber erklärte, daß Angehörige einer Partei, die mit Gewalt die heutigen Zustände befeitigen wolle, nicht Richter sein könnten. Der böshafte Zufall will es, daß fast zur selbigen Stunde, da Herr Opitz diese Weisheit von sich gab, ein Dresdner Richter im Gerichtssaal dem Angeklagten seine höchste Verwunderung darüber ausdrückte, daß es zwischen ihm und dem Beleidigten nicht zum Duell gekommen sei!

Mehrfach wurde in den Debatten des auffallend milden Urteils von 1000 Mark Geldstrafe gedacht, das ein Dresdner Schöffengericht gegen den russischen Fürsten Potjomkin gefällt hat, der im Hotelportier mit jenem Sineser absetzen zu Schanden trat. Der Justizminister meinte, das liege am Strafgesetzbuch, das eine höhere — Geldstrafe nicht gestatte; es müßten eben höhere Geldstrafen geschaffen werden. Allerdings, fügte er högernd hinzu, hätte auch auf Gefängnisstrafe erkannt werden können. Für die Tatsache, daß der Rohling gegen die Summe von 10 000 Mark, die für ihn einen Pappenspiel bedeutet, aus der Haft und damit aus dem Bereich der deutschen Strafrechtspflege entlassen wurde, hatte der Minister keine Worte.

### Das Versammlungsrecht in Sachsen.

Genosse Goldstein hat im sächsischen Landtag eine Interpellation eingebracht, die da lautet:

Die für die Tage des 21., 22. und 23. Januar d. J. in vielen Orten Sachsens einkommenden Volksversammlungen, die sich mit dem Thema „Wahlrechts- und Versammlungskämpfe der Gegenwart“ befassen sollen, sind, bis auf einige, sämtlich auf Grund der § 5 und 12 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, verboten worden.

Die Gleichzeitigkeit der Verbote und die Uebereinstimmung ihrer Begründung lassen auf eine von der Staatsregierung ergangene allgemeine Anweisung schließen.

Da eine solche die öffentliche Erörterung der Grundrechte des Volkes gefährdende Maßregel weite Kreise der Staatsbürger in große Erregung versetzt hat, richtet der Unterzeichnete folgende Anfragen an die Staatsregierung:

1. Hat die Regierung eine solche allgemeine Verfügung erlassen?
2. Befähigt sie, dergleichen Erörterungen in Versammlungen ferner zu hindern?

Der Tag der Verhandlung ist noch nicht festgesetzt.

### Die Kaiserin in der Heimarbeiter-Ausstellung.

Die Frau des deutschen Kaisers hat am Dienstag eine günstige Gelegenheit wahrgenommen, selbst zu untersuchen, warum das arbeitende Volk Preußen-Deutschlands revolutionär gekümmert sei und eine völlige Aenderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anstrebe. Sie erschien unvermutet in der Ausstellung für Heimarbeit zu einer Zeit, da sie ausschließlich von Arbeitern besetzt war.

Zwei politisch und gewerkschaftlich organisierte Genossen, die zwar nicht das Feiertagskostüm, wohl aber dafür desto gründlicher die Materie beherrschten, übernahmen die Führung der Besucherin und erteilten ihr alle gewünschten Auskünfte, so z. B. auf die Frage, warum sich denn Arbeiter zur Herstellung von Kleiderstücken fanden, da doch diese Arbeit so furchtbar schlecht bezahlt werde? Als sie die notwendige Aufklärung erhalten hatte, meinte die Kaiserin, das würde sich doch nur sehr, sehr ändern lassen. Davon waren nun wohl auch ihre Führer überzeugt, die als kämpfende Proletarier sehr gut wissen, welche ungeheuren Schwierigkeiten es überall, besonders aber in Preußen

Deutschland, den guten Rechtsforderungen der Arbeiter entgegenstehen.

Wir nehmen an, daß die Kaiserin die Heimarbeiter-Ausstellung nachdenklich verlassen haben mag. Da war sie nun bei den Arbeitern zu Besuch gewesen, bei jenen Leuten, die vor knapp neun Tagen, hätten sie nur ihr Recht auf die Straße wahrgenommen, vom Militär wie Feinde des Vaterlandes erschossen werden sollten. Glücklicherweise waren sie nicht auf die Straße gegangen. Aber die Kaiserin wird nach der Besichtigung der Heimarbeiter-Ausstellung begreifen, daß Menschen unter Umständen dennoch aus Verzweiflung auf die Straße gehen würden, wenn sie nicht so gute — Sozialdemokraten wären! —

### Die Enthüllungen des zweiten Bilsse.

Wir haben kürzlich die Sensationsbrochure des ehemaligen Straßburger Polizeikommissars Stephan ausführlich erwähnt. In der Brochure, die alsbald nach Erscheinen, wie bei uns selbstverständlich, beschlagnahmt wurde, werden ungeheuerlich klingende Fälle von Mißwirtschaft und sittlicher Betrug aus der elsass-lothringischen Beamtenenschaft wie Perlen auf der Schnur aneinandergereiht.

Die bürgerliche Presse ignoriert im allgemeinen den Fall. Das beliebte System des Cotschweizens wird insonderheit von der Berliner Presse mit der alten Virtuosität geliebt. Nur einige süddeutsche Blätter haben sich der Brochure vorfichtig angenommen und sich darauf beschränkt, von der elsass-lothringischen Regierung Aufklärung zu verlangen.

Das hat aber genügt, um wenigstens einige Merikale-geordnete des elsass-lothringischen Parlaments am Dienstag auf die Tribüne zu locken. Der Telegraph berichtet darüber:

Die Wgg. Preiß. und Wetterle interpellierten die Regierung wegen der Schmähschrift des ehemaligen Polizeikommissars Stephan, in der das reichsständische Beamtentum in schärfster Weise angegriffen und weiter behauptet wird, daß seitens der Verwaltung Proskriptionslisten geführt würden mit den Namen solcher Personen, die im Falle der Mobilmachung verhaftet oder ausgewiesen werden würden.

Staatssekretär v. Köller wies nach der Verlesung der Personalakten die Angriffe des Verfassers auf sich selbst wie auf das dienstliche Leben verschiedener Beamten als Lügen zurück: Die außerdienstlichen Schimpfungen lägen zumeist 10 bis 20 Jahre zurück; soweit kontrollierbar, würde er bei jüngeren Fällen gegen Verfehlungen einschreiten, wie es das Ansehen des Beamtentums erheischt.

Unterstaatssekretär Mandel antwortete auf eine Anfrage wegen der Führung von Proskriptionslisten und bestätigte deren Vorhandensein. Doch seien nur wenige Namen darauf verzeichnet. Die Regierung sei verpflichtet, sich für den Verfall gegen Personen zu sorgen, die mit Ansehen und Vermögen die Verlesung feindselig beeinflussen.

Die Merikalen des elsass-lothringischen Parlaments werden sich gern mit dieser ganz ungenügenden Beantwortung zufrieden geben. Zwar stehen neben den sozialdemokratischen Führern des Reichslandes auch die Merikalen Wortführer auf der Proskriptionsliste, deren Vorhandensein zugegeben werden mußte. Aber im öffentlichen Kampfe für die Staatsbürgerrechte auch im Mobilmachungsfalle einzutreten, fällt den Leuten nicht ein, die sich als Anhänger des deutschen Zentrums fühlen und die Verpflichtungen gern erfüllen, die aus diesem Verhältnis entspringen. Dazu gehört in erster Linie, daß man hinter den Kulissen erreicht, was man erreichen will, auf daß das dumme Volk nicht mißtrauisch werde.

Die Proskriptionslisten bestehen. Alles andre, was der frühere Polizeikommissar verbürgt, sind Lügen. Und was nicht gelogen ist, das wird durch die Verjährung geschützt. So jagt Köller und die Merikalen werden es gern glauben.

Der Polizeikommissar aber ist inzwischen in Zürich auf deutschen Antrag verhaftet worden und wird wegen Unterschlagung bald ausgeliefert werden. In der Gerichtsverhandlung wird natürlich nur die Unterschlagung verhandelt und die Brochure als nicht vorhanden betrachtet werden. Und wenn Stephan den ersten Monat seiner Haft hinter sich hat, ist alles vergessen. —

### Dänemark.

Im Jahre 1898 wurde ein armer, kranke Dienstmädchen unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet und nach 13monatiger Unternehmungshaft, in welcher ihm durch inquisitorische Pein ein Geständnis abgezwungen worden war, zu 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. Die ersten zwei hatten auf den jungen Menschen aber so eingewirkt, daß er ins Irrenhaus gebracht werden mußte. Das Obergericht sprach ihn nanmehr wegen Unzurechnungsfähigkeit frei.

Jetzt, nachdem 6 Jahre verlossen sind, hat sich vor einiger Zeit der wirklich Schuldige, ein Landarbeiter, selbst gestellt. Dieser Untersuchungsrichter, der den Dienstmädchen so gezwungen hatte, verurteilt nun, den mittlerweile wieder gesund gewordenen Dienstmädchen mit 100 Kronen Entschädigung für die unschuldig erlittene Unternehmungshaft abzusprechen. Der „Sozialdemokrat“ hat diesen neuesten Justizstand aber aufgeleitet und sorgte auch dafür, daß dem Wahnwichtigen eine annehmere Vergütung zugesprochen wurde.

Bergütung für unschuldig erlittene Unternehmungshaft wird nach dem geltenden Gesetz nur dem gewährt, wenn nach dem Ergebnis der Untersuchung anzunehmen ist, daß der Verhaftete unschuldig ist, also nicht, wenn einer wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wird. Ferner fällt die Bergütung auch dann fort, wenn der Beschuldigte durch sein Verhalten Anlaß zur Verhaftung gegeben hat. Letzte Parteigenossen in Helsingfors haben nun, veranlaßt durch diesen neuen Justizstand, Vorschläge zur Aenderung jenes Gesetzes eingebracht, wonach diese beiden Grundbedingungen des Rechts auf Vergütung für unschuldig erlittene Unternehmungshaft gestrichen werden sollen. Ferner verlangen sie, daß der Staat verpflichtet werde, Richter die sich in solchen Fällen eines Richters Herr verweigert, einer Gehaltslosigkeit über sieben unverschuldeten Besoldungen schuldig gemacht haben, für die Vergütung ersatzpflichtig zu machen. Jetzt hat der Staat nur das Recht, aber von diesem Recht wird niemals Gebrauch gemacht.

Recht dringender ist natürlich eine gründliche Reform der Rechts-

pflege selbst. Ein Entwurf dazu liegt dem Reichstag schon seit dem Jahre 1901 vor. Leider hat es aber das Bandstich bis jetzt fertig gebracht, diese Angelegenheit zu verschleppen. Vielleicht trägt nun dieser neueste Justizstand dazu bei, die konservativen Herrnhäuser zu etwas größerer Eile anzutreiben. —

### Aus der Parteibewegung.

#### Ein Revolutionsflugblatt in der Kaserne.

Schreckliches ist in Naumburg geschehen, ganz Schreckliches! Ein Revolutionsflugblatt vom 14. Januar in die Kaserne der 16er gekommen. Und mit welcher Hinterlist haben die roten Teufelsbraten das zustande gebracht! Einer unschuldigen Wäschfrau haben sie sich bedient, um ihr verbrecherisches Vorhaben auszuführen. Eine alte Wäschfrau, namens Koch, erhielt gleich andern Bewohnern unserer Stadt ein Exemplar des aufrührerischen Flugblatts. Das Mitternachten dachte nichts Ungeheures dabei. Für sie war das Flugblatt, in das sie keinen Blick geworfen hat, ein Stück Papier wie jedes andre. Darum wickelte sie harmlos Handtücher und andre Kasernenmäße hinein und gab das Päckchen in der Kaserne an den Empfänger, einen Soldaten, ab. Der studiert das Flugblatt, seine Stubenkameraden tun dergleichen. Der Unteroffizier kommt dazu. — Tableau! Strafpredigt. Der Wäschfrau wird die Arbeit für die 16er entzogen. Frau Koch fühlt sich unschuldig und beschwert sich beim Offizier. Darauf ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Was bei dieser herausgekommen ist oder herauskommen wird, darüber schweigen die Quellen. Wer möchte auch jetzt noch behaupten, daß ein schneidiges Ausnahmegesetz gegen die rote Bande allein imstande ist, sie am Mitteln der noch ungebrochenen Staatsfäden zu hindern? Daß selbst ahnungslose Wäschfrauen hinterlistig benutzt werden, das Gift des Aufwands in die Kaserne zu bringen, beweist die abgrundtiefe Verantwortlichkeit der Umstürzler. Darum an den Galgen mit ihnen! —

g. Von der Bornsen-Polizei. Man schreibt uns aus Halle a. S.: In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde der Magistrat von dem Stadtverordneten Genossen Thiele wegen des Verhaltens der städtischen Polizei am Wahlrechtsfest interpelliert. Thiele bezeichnete es als unerhört, daß die beiden Dampftrassen nicht wie gewöhnlich auf sechs, sondern auf acht Atmosphären Druck gespannt waren. Ein Wasserstrahl von der Höhe des Schornsteins in kurzer Entfernung nicht nur Kinder, sondern sogar Erwachsene töten können. Die Polizisten in den herabgelassenen Schuppenketten sahen fürchterlich krieglustig aus, wirkten teils provokatorisch und riefen bei den Sozialdemokraten teils die größte Heiterkeit hervor. Mühen sich die Bürger der Stadt gefallen lassen, wie eine Bande von Dieben und Räubern behandelt zu werden? Der Leiter der Polizei, Ober-Polizeinspektor Wehde mann ist nicht mehr zu halten. In Halle ist auf dem Gebiete der Exekutiv-Polizei zu viel passiert. Jetzt ist auch der Kommissar Siemann, der als ein tatvoller Beamter gilt, mit Wehde mann in Differenzen geraten und die Folge war, Herr Siemann wurde plötzlich „berurlaubt“ Bürgermeister v. Solly entgegnete, Thiele rede zum Heften hinaus, um Parteipropaganda zu machen. Soviel ihm bekannt wäre, sei die Polizei am 21. Januar sehr ruhig, tatvoll und sogar freundlich zu Werke gegangen. Im übrigen sei der Magistrat nicht kompetent, in der Sache etwas zu tun. — Nach jener Sitzung wurde bekannt, daß für die Polizeimaßnahmen zum 1. Januar, Verhaftung von Rikolen auch für die Polizisten, aus einem „Kassenfonds“ rund 1000 Mark bewilligt worden sind. — Das ist sehr nett. Aus den Steuergroßden der Bürger werden Mittel genommen, damit die Bürger bei Ausübung eines Rechts od. zu Boden geschlagen werden können. — Gütlich beruhigt.

Bekanntlich hat unser Polizeichef Wehde mann auch jüngst vor Gericht unter Eid ausgesagt, er habe auf eine Anfrage Thieles gegen die Polizei nicht geantwortet, weil ihm der Stadtverordneten-Vorleser Prof. Dittenberger zu verstehen gegeben habe, er, Thiele, möchte nicht antworten. Auf eine Anfrage Thieles erklärte heute Herr Dittenberger, er erinnere sich des Vorganges nicht mehr genau; er wisse aber auch nicht, wie er dazu gekommen sein sollte, sich einseitig in solche Interna einzumischen. — Herr Wehde mann scheint demnach das Opfer einer optischen Täuschung gewesen zu sein.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 31. Januar 1906.

#### Schulgesetz und Selbstverwaltung.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß neben der drohenden Verfassung der Volksschule durch das neue preussische Schulgesetz eine besonders große Gefahr für den Frieden der Gemeinden auch durch die Bedrohung des Selbstverwaltungsrechts gegeben ist. Wie sehr große wie kleine Gemeinden alle Veranlassung haben, sich mit Energie gerade gegen diesen Punkt zu wehren, das sieht im Februarheft der „Soz. Monatshefte“ Genosse Dr. Hugo Lindemann den Beteiligten in einer längeren Abhandlung vor Augen, der wir folgendes entnehmen:

Von der neuen Volksschulvorlage wird die Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Volksschulwesens ausgegliedert. Ihre Stellung wird die gleiche, die sie auf dem Gebiete des Polizeiwesens besitzt. Die Verwaltung der Ortspolizei gilt als ein staatliches Hoheitsrecht. Sie ist den Bürgermeistern und Magistraten übertragen. Die sie im Auftrage des Staates und in Uebereinstimmung unter die staatlichen Behörden zu führen haben. Die Teilnahme der Gemeindefolger ist auf die Feststellung des Polizeistandes beschränkt. Durchgeführt ist die staatliche Verwaltung der Ortspolizei in der Mehrzahl der größeren Städte, wo die staatlichen Polizeipräsidien sie bejagen. Ebenso soll nach der neuen Volksschulvorlage das Volksschulwesen geregelt werden. Dieses ist danach eine staatliche Angelegenheit, deren Verwaltung in Zukunft nicht, wie bisher, den Gemeinden übertragen bleiben, sondern in direktem Gegenstand zu Artikel 25 der Verfassungsurkunde von 1850 einem außerhalb der Gemeindeverwaltung stehenden Organe, der Schuldeputation, zuzuführen soll. Der neue Gesetzentwurf will also die Verwaltung des Volksschulwesens verstaatlichen. Die Tätigkeit der verfassungsmäßigen Gemeindeorgane wird auf die Feststellung des Schulhaushalts, die Bewilligung der für die Schule erforderlichen Mittel sowie die vermögensrechtliche Vertretung nach außen beschränkt. Das ist genau der Umfang, in dem sie auch auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung zuständig sind. Nur das hier wenigstens eines der Gemeindeorgane, der Magistrat, zu dem Erlaß von Polizeiverordnungen seine Zustimmung geben muß, soweit sie nicht in das Gebiet der Sicherheitspolizei gehören, und insbesondere die polizeilichen Gemeindebeamten anstellt. Für die Verwaltung der übrigen Angelegenheiten der Volksschule, soweit diese den Gemeinden übertragen sind, also die Errichtung und Unterhaltung der Schulen, die Vermögensverwaltung, ist die Schuldeputation zuständig, die außerdem noch die den Gemeinden und deren Organe beschlossene Teilnahme an der Schulaufsicht ausübt. Um an einem Streitfalle, der vor einiger Zeit die Öffentlichkeit benutzte, die Neuordnung der Zuständigkeiten klar zu machen, so würden nach der neuen Volksschulvorlage nicht mehr, wie bisher, die städtischen

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 26.

Magdeburg, Donnerstag den 1. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Außerordentlicher Tabakarbeiter-Kongress.

(Nachdruck verboten.)

Hg. Berlin, 30. Januar 1906.

Der außerordentliche Tabakarbeiterkongress setzte heute früh seine Verhandlungen, und zwar mit der Fortführung der

### Besprechung der Tabaksteuervorlage

und der Tabakarbeiterverhältnisse fort.

**Gerlach-Nilm:** Können die übrigen Tabakarbeiter festher mit einem gewissen Neid auf die Arbeitsverhältnisse in Kilm blicken, so sei heute die Lage der dortigen Arbeiter auch keine rosig mehr. In den Fabriken werde 11 Stunden, in der Handarbeit bis zu 13 und 14 Stunden gearbeitet. Sehr schädlich wirkte die Gefängnisarbeit.

**Blome-Bremen:** Wenn seitens der Fabrikanten immer darauf hingewiesen werde, daß in dem Bremer und Hamburger Gebiet von manchen Arbeitern ein verhältnismäßig hoher Arbeitsverdienst erzielt werde, so beschweige man dabei, daß das nur dadurch ermöglicht werde, daß Frau und Kinder von früh bis spät mitarbeiten müssen. Die Frau verlor die Viehwirtschaft und arbeite, so wie sie aus dem Bette gestiegen sei, bis in die Nacht hinein. Daß unter solchen Verhältnissen, namentlich wenn ein halbes Duzend kleiner Kinder herumhüpfen, von Keintlichkeit in bezug auf die Anfertigung der Zigarren keine Rede sein könne, müsse jedem einleuchten. (Beif. Zuff.)

Es sei kaum glaublich, in welchen Käufern die Arbeiter haufen; das seien keine menschlichen Wohnräume mehr, sondern Speikammern. Wenn die Regierung sich den Luxus erlaube, die Panzer und Torpedos auf dem Meere herumgondeln zu lassen, dann sollte sie den Leuten, welche ihr Vergnügen daran haben, die Kosten auflegen. Eine nach englischem und französischem Muster durchgeführte Erbschaftsteuer würde das Defizit allein schon decken, aber da wollen die Herren nicht ran. Nachdem jetzt erst durch den Zolltarif die enorme Belastung des Haushalts der Arbeiter bemerkt worden sei, ziehe man schon wieder die Steuerhämmer für die breite Masse an. Bei Einkommen und allen möglichen Anlässen werde betont, daß in erster Reihe das Wohl und Gedeihen der Industrie von der Regierung im Auge behalten werden solle. Das sei auch kürzlich erst wieder geschehen, obwohl man den Geisteskurven, der berufen sei, eine ganze Industrie zu ruinieren, bereits in der Tasche hatte. Sollte die Arbeitererschaft derartige Versicherungen der Regierungsbekanntmachung noch ernst nehmen? Die Reichsregierung gehe darauf aus, das deutsche Volk für dumm zu verkaufen, aber die Arbeiterschaft werde ihr zeigen, daß sie eine solche Behandlung satt habe. (Beif.)

**Schüler-Bremen:** spricht das Bedauern aus, daß die Arbeiter der Nebengewerbe der Tabakindustrie so wenig organisiert seien, so daß sie nicht imstande seien, sich ausreichende Löhne erkämpfen zu können.

**Haberland-Deuben bei Dresden:** Es sei bedauerlich, daß die Regierung die Wahrheit nicht hören wolle; wenn die notleidenden Agrarier, die Schornmacher oder Junngemeister tagen, dann seien alle so und so viele Geheimnisse da. Aber wenn es sich um arme Tabakarbeiter handle, dann sei es etwas anders. Da halte man es nicht für nötig, sich vertreten zu lassen. Nicht genug, daß man jetzt alle Lebensmittel verteuert habe, wolle man auch noch der Arbeiterschaft die Arbeitsgelegenheit rauben.

**Wolff-Berlin:** In Berlin gebe es 550 Zigarrenarbeiter. Der Verdienst schwanke zwischen 16 und 30 Mark pro Woche. Vor einigen Jahren sei von sehr hoher Stelle der Anspruch getan worden: Zucht, dem der Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindere. Und jetzt kommt die Regierung, und wolle Tausende Arbeiter die Arbeit nehmen. Die Arbeiter seien nicht dazu da, der Regierung die Mittel herzugeben zu ihren „militärischen Purzelbäumen“. (Heiterkeit und Beif.)

**Kadner-Berlin:** Sehr zutreffend sei gestern schon gesagt worden, daß eine Regierung, die derartige Forderungen an die Arbeiter stelle, nicht wert sei, daß sie am Ruder bleibe. (Sehr richtig! Beif.)

**Sommer-Waldberg i. Schl.:** Er sei überzeugt, daß, wenn hier in der Nähe eine Hundeaussstellung stattfinden würde, die Regierung vertreten sein würde. (Sehr wahr!) Aber zu den armen ausgebeugelten Tabakarbeitern zu kommen und sich das Glend anzuhören, dazu haben die Herren keine Lust. Im Tabakgewerbe die Zahl der beschäftigten Krüppel besonders groß. Es wäre wünschenswert gewesen, darüber eine Statistik hier auf dem Kongress vorzuführen, damit der Regierung vor Augen gehalten werde, wie viel sie handle, wenn sie diese ärmsten Glendsgestalten noch weiter zu schröpfen suche. (Stimm. Beif.) Alles andre sei wahr, als das, was Frhr. v. Stengel im Reichstage über die gestiegenen Löhne der Tabakarbeiter gesagt habe. (Beif. Zustimmung.) Die Lage der schlesischen Tabakarbeiter sei viel trauriger noch als die der Weber. Mit 7-8 Mark Wochenverdienst müssen viele Tabakarbeiter ihre Familien ernähren. (Hört, hört!) Man könne sich das Glendsbajonett solcher Familien denken! Bei der jetzigen Fleischsteuerung sei ein „Dachhase“ ein willkommenes, rares Federbissen. (Beif. Beif.)

**Zigarettenarbeiter Mag. Müller-Berlin:** Vielfach herrsche auch unter den Tabakarbeitern die Ansicht: Das verfluchte Papierrauchen könnte verschwinden. Aber die Zigarettenarbeiter wollten sich genau so ernähren wie die andern Tabakarbeiter. In Berlin müsse ein Zigarettenarbeiter 120-130 Stunden wöchentlich arbeiten, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Frhr. v. Stengel sollte einmal in Berlin im Scheunenviertel sich einige Zigarettenarbeiterwohnungen ansehen, dann würde er anders denken. Frhr. v. Rheinbaben konnte gut sagen, daß er gern etwas mehr für das Vaterland opfern wolle. Unsere Gehälter werden nicht so leicht aufgebessert, aber was wir Arbeiter für das Vaterland opfern müssen, macht heute schon weit mehr aus. (Beif.) Das Zentrum sollte bedenken, daß gerade die billigen Pfennig-Zigaretten stark in den von ihm vertretenen ländlichen Wahlkreisen im Westen geracht werden. (Beif.)

**Müller-Berlin:** widerspricht der Ansicht der Regierungsvertreter im Reichstag, daß der Tabak eine Mehrbelastung ertragen könne. (Stimm. Beif.)

**Schüler-Bielefeld:** In der westfälischen Tabakindustrie sei die Ausbeutung der Familien allgemein üblich. Es würden dort 7000 Schulkinder in der Heimarbeit mitbeschäftigt. Ihm liege eine Substanzfrage vor. Danach habe ein einzelner junger Mann bei 100 Stunden Arbeit 12 Mark, also pro Stunde 12 Pfg. verdient, und eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, zusammen 18 Mark in einer Woche. (Hört!) Die westfälischen Delegierten, welche aus ihren Höhen nach Berlin gekommen seien und hier den Luxus und die Verschwendung in den hellerleuchteten Ballhöfen gesehen hätten, seien zu der Meinung gelangt, daß die Tabakarbeiter mit ihren 5-600 Mark Jahresinkommen sich an allerletzter Stelle zu Schlachtopfern eigneten, daß vielmehr die Leute, welche von unsem Schweif und Mark sich mühelos nähren, viel leichter imstande seien, die Lasten zu tragen. (Stimm. Beif.)

**Graben-Hannau:** Wenn der König von Preußen bei jeder Gelegenheit den Wunsch ausspreche, daß die Industrie blühen und gedeihen möge, dann könne der Tabakarbeiterkongress ihm zurufen: Kaiser, höre die Wahrheit! (Zurufe.) Als die Reichsregierung ihre Enquete veranstaltete, sei er auch zugezogen worden und habe erklärt, daß die Zustände in der Tabakindustrie nicht schwarz genug geschildert werden könnten. Da sei aber ein westfälischer Arbeiter aufgetreten und habe erklärt, daß die Tabakarbeiter nicht am Bettelstab hängen und daß die Heimarbeit keineswegs schädlich wirke. (Zurufe.) Dieser Arbeiter sei nicht wie ein freier Mann aufgetreten, sondern wie ein Kretz, kramm, mit den Händen an der Hojenhant. (Hört! Gelächter.)

**Randorf-Frankenbergr. C.:** Die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter seien in Sachsen ebenso niedrig wie in Schlesien und

Westfalen und Frankenbergr haben die schlechtesten Löhne aufzuweisen. Krause-Frankenbergr sät die dortigen Lohnzahlen als Gegenbeweis für die Behauptung des Reichschatzsekretärs vom Steigen der Tabakarbeiterlöhne an.

Von den streikenden Stuttgarter Zigarettenarbeitern wird der Kongress um materielle Unterstützung angegangen. Das Gesuch wird dem Tabakarbeiterverband zur Prüfung überwiesen.

Es erhält hierauf das Wort zur Berichterstattung über die

### heutigen Beschlüsse der Tabaksteuer-Kommission

**Abg. Elm:** Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Tabaksteuer habe die Reichstagskommission einstimmig heute früh abgelehnt. (Stimmliches andauerndes Bravo!) Damit sei allerdings das Gesetz noch keineswegs als gescheitert zu betrachten. (Auf: Beif.) Von konservativer Seite sei angekündigt worden, daß man zur zweiten Lesung einen Kompromiß antrag vorbereiten wolle. (Hört!) Wahrscheinlich handle es sich um den Antrag, den Steuerfuß auf Rohtabak von 85 auf 100 Mark zu erhöhen. Er sei zwar der Meinung, daß auch diesem Antrag die große Mehrheit der Kommission ihre Zustimmung verweigern werde. (Bravo!) Eine Erhöhung habe die Kommission allerdings heute beschlossen: Die Erhöhung auf feingehackten Tabak von 170 auf 220 Mark; freilich sei die Mehrheit keine sehr große gewesen. Abgelehnt hätte sie auch den höheren Zoll auf Importen, d. h. alle eingeführte Zigarren. Man habe ihnen (den Sozialdemokraten) diese Position damit mündgerecht zu machen gesucht, daß man meinte, es würde ja hiermit auch das Interesse der Tabakarbeiter gewahrt. (Zurufe.) Die Sorge für das Wohl der Arbeiter von dieser Seite sei ja während (Heiterk.); sie hätten den Herren denn auch gesagt, daß sie bei anderer Gelegenheit deren Fürsorge für das Wohl der Tabakarbeiter in Anspruch nehmen wollten. Hier handle es sich um ein sehr minimales Interesse für verschwindend wenige Arbeiter und es sprächen andererseits mancherlei gewichtige Bedenken gegen den Zollfuß. Man habe allen Anlaß, sich gegen Verzinsle zu wehren. Weiter habe die Kommission aber noch einige Erleichterungen gegenüber den heutigen Sätzen beschlossen. (Beif.)

Mittwoch früh gehe es nun an das Zigarettensteuer-gesetz. Für die Zigaretten sei die Situation weniger günstig. Es frage sich aber doch, ob dieses komplizierte Gesetz die Zustimmung der Kommission finden werde. Er halte die Zigarettenpapiersteuer technisch für unausführbar. Die Zigarettenarbeiter dürften sich durch die für sie günstige Situation nicht in ihrem Widerstand gegen das ganze Gesetz ermannen lassen. Sie seien an der Zigarettensteuer ebenso interessiert wie die Zigarettenarbeiter (Beif.) denn wenn es der Regierung gelingen sollte, hier ein irgend mögliches System auszufüllen, werde sie in einigen Jahren sicherlich auch mit einer Zigarettenfabriksteuer kommen. Noch sei bis zur zweiten Lesung zu wenig Gelegenheit zum Kaufhandel. Wegen der beschlossenen Ermäßigungen waren die Regierungsvertreter sehr traurig gestimmt und meinten: Dann kommt ja schließlich noch weniger heraus als vorher. (Heiterkeit.)

Der Reichschatzsekretär habe auch heute wieder erklärt, daß es nicht die Absicht gewesen wäre, Industrielle und Arbeiter durch die Vorlage irgendwie zu belästigen. (Gelächter.) Man habe nur eine leichte Belastung der Konjunktur im Auge gehabt. Von konservativer Seite sei der Mehrheit gesagt worden: Sie sind ja römischer als Rom, denn die Industriellen wären ja selbst geneigt, einen Teil der Steuer zu bewilligen. Sie hätten die Herren aufgefordert, doch die Namen dieser Industriellen zu nennen. (Sehr gut!) Es könnte ja möglich sein, daß ein Großindustrieller hoffe, durch die Wiederherstellung der kleinen Konkurrenz ein großes Geschäft zu machen. Das kapitalistische Interesse eines einzelnen Großindustriellen lasse sich doch aber unmöglich identifizieren mit dem Interesse der Industrie und Arbeiterschaft. (Beif. Zuff.) Er habe heute noch wieder hervorgehoben, daß seitens der Industrie nicht eine Stimme für die Erhöhung laut geworden sei, eher würde man sich für Herabsetzung aussprechen, aber daran sei ja heute nicht zu denken.

Die Regierung habe förmlich geweint, als sie sah, wie ihr in der Kommission alle die schönen Reden aus ihrer Vorlage geschwommen. (Heiterkeit.) Sie habe förmlich gebeten, ihr doch wenigstens etwas zu bewilligen. Na, und wenn die Regierung schon bitte, dann bleibe das bei manchem Abgeordneten nicht ohne Einfluß. Deshalb sei es nötig, daß die Tabakarbeiter auch weiter fest zusammenstehen, damit den Vertretern ihrer Wahlkreise das Rückgrat gestärkt werde. (Stimm. Beif.)

**Sillier-Berlin:** gibt die Versicherung ab, daß das lithographische Gewerbe, Arbeitgeber und Arbeiter, mit aller Entschiedenheit gegen die ganze Vorlage aufträte. (Beif.) Laufende Existenz seines Gewerbes seien an der Erhaltung der Zigaretten- und Zigarettenindustrie interessiert, da sie die Etiketten und Marken herstellten. (Beif. Beif.)

**Crohn-Speier:** Der Reichschatzsekretär habe gemeint, daß die eventuell arbeitslos werdenden Tabakarbeiter in der Landwirtschaft Unterkunft finden würden. Bekanntlich seien die Krüppel und Schwachen bei Arbeitsmangel stets die Ersten, welche entlassen würden. Und diese sollten bei der schweren Landarbeit Verwendung finden? Von einem Minister sollte man doch annehmen, daß er über die tatsächlichen Verhältnisse orientiert sei. Oder wolle man der Arbeiterischen Sand in die Augen streuen? Die Lage der Tabakarbeiter in der Pfalz sei so schlecht, daß ihnen z. B. Butter gänzlich unbekannt sei. Er z. B. habe in Berlin jetzt seit langem zum erstenmal wieder Butter gegessen. Die erhöhten Fleischpreise lassen die Tabakarbeiter in der dortigen Gegend kalt, denn sie hätten schon längst auf die Fleischnahrung verzichtet müssen.

Es berühren dann noch **Ckert-Bremen**, **Schmidt-Schwedt**, **Pfeifer-Spandau**, **Riesche-Neumarkt i. Schl.**, **Hug-Würzburg**, **Hoffmann-Weitzing**. Von allen Seiten wird übereinstimmend über die Schnupfkonkurrenz und Ausbeutung in der Heimarbeit, über Kinderausbeutung, Schulzucht sowie ungenügenden Verdienst und übermäßige Arbeitszeit geklagt, über schwere Mißstände in der Hausindustrie namentlich von dem Leipziger Vertreter.

Der Vorsitzende, **Bormann-Dresden**, begrüßt die als Gäste erschienenen Reichstagsabgeordneten **Frohme**, **Leiche** und **Förster** (Soz.), letzteren zugleich als Kollegen. (Bravo!)

**Fagig-Dresden:** Die Regierung sei nun genug geschüttelt worden. Er wolle sich jetzt einmal mit den Herren Vertretern beschäftigen, die täglich Gelegenheit haben, das soziale Glend in den Gassen der Heimarbeit anzusehen, die aber nichts dagegen einwenden. Die Herren seien ja auch Hausväter bei den Fabrikanten.

**Grabowski-Breslau:** beklagt sich über die schlechte Behandlung der Tabakarbeiter in einzelnen Breslauer Fabriken. Da höre man Worte wie: „Lumpengehild“, „Lumpen“, die Hundepöttelei gehört Euch auf den Rücken.“ Und das müßten sich Arbeiter gefallen lassen, welche mit 9 bis 10 Mark Lohn pro Woche heimgehen. (Hört!)

**Wolke-Schneidemühl in Posen:** Die Provinz Posen habe nur ihn allein als einzigen Vertreter entsenden können. Im Osten, wo man jedoch für die Erhaltung des Deutschtums zu tun vorgebe, seien die Lohnverhältnisse so schlecht wie nirgends sonst. Ein verheirateter Mann verdiene dort 10 bis 11 Mark im Durchschnitt, oft auch nur 6 bis 8 Mark wöchentlich, davon solle der Mann Frau und Kinder ernähren. Besonders blühe im Osten die Schulzucht.

**Heller-Doggersheim** in Hessen teilt mit, daß sie sich mit einer Anfrage an den Abgeordneten ihres Wahlkreises, **Freiherrn von Heyl**, gemenet. (Hört!) Herr von Heyl habe geantwortet, daß er sich freue, daß sich auch Leute, die ihn nicht gewählt haben, an ihn wenden. Er habe es immer als Ehrenaufgabe betrachtet, die berechtigten Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten. Auch in der Tabakfrage sei sein

ganzes Interesse bei den Arbeitern, zu welchen er aber auch die vielen tabakbauenden Kleinbauern rechne. Die starken Schultern der holländischen Plantagenbesitzer verdienten aber das Hauptgeld der Käufer, während die schwachen Schultern unserer Bauern stark belastet seien. Er hoffe sich mit den Arbeitern und Bauern verständigen zu können. (Zurufe.)

**Schlagmann-Fauer:** Der Abgeordnete seines Kreises, **Dr. Hermes** (Freif. Bg.), habe den Arbeitern erklärt, daß er gegen die Tabaksteuer in jeder Form stimmen werde. (Lebhafte Beif.)

**Oldahn-Blotth** sät aus, daß der Tabakarbeiter gezwungen sei, seine eignen Kinder auszubilden. So habe er seinen Kindern Mädchen erzählen müssen, bloß damit sie waschlichsen und ihm das nötige Material vorarbeiteten. (Hört! Bewegung.)

Vorsitzender **Börner-Berlin:** Er habe dem Kongress eine traurige Mitteilung zu machen. Es sei ein Vertreter der hiesigen Dünckerischen Gewerkschaft angekommen. Derselbe sei jedoch nicht erschienen, wie aber aus einer Anzeige in der Zeitung zu ersehen sei, sei derselbe am Sonnabend auf dem Wege zu seiner Wohnung auf der Treppe vom Schlag getroffen worden und gestorben. Zum Zeichen des Beileids erheben sich die Delegierten.

Es folgten dann noch Berichte von **Knaup-Groß-Hausen**, **Tepler-Hannau**, **Engler-Wörzig**, **Ebbe-Schambach** und **Wolke-Schneidemühl**.

Die Verhandlungen werden um 7 Uhr abends auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt. —

## Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wanzleben.

Bericht des Vorstandes an die am 4. Februar in Lemsdorf stattfindende Generalversammlung.

Die für das Berichtsjahr geheuten Erwartungen sind nicht erfüllt worden, wenn auch eine weitere Vermehrung der Mitglieder und der freiwillige Beiträge zahlenden Genossen zu verzeichnen ist. Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften, an denen sich die Genossen mit Erfolg beteiligen konnten, haben nicht stattgefunden. In Westerbüßen, wo das im vergangenen Jahre verlorene Mandat zum Gemeinderat am 9. Februar wiedererobert werden konnte, haben die Genossen freiwillig den Bürgerlichen das Feld überlassen. So läßt sich in diesem Falle die Genossen fast überall auch in der Bekämpfung der allgemeinen Agitation gewesen. Bei der Bekämpfung des Agitationskalenders, bei der Bekämpfung des Flugblattes gegen die Fleischnot (je 21 000 Exemplare) ließ sich dieselbe einmal feststellen, daß mancher in Worten groß, aber in Taten sehr klein ist. Bei beiden Verbreitungen zeigte sich in fast allen Orten, daß die Seidboten des Sozialismus gern gesehene Gäste sind. „Kommt nur bald wieder“, wurde so manchem mit auf dem Wege gegeben. Leider läßt sich dieser Wunsch nicht erfüllen, solange selbst hervorragende Parteigenossen sich um solche Arbeiten herumdrücken. Die Agitation durch öffentliche Versammlungen hat der Vorstand dadurch zu fördern gesucht, daß im Mai die Genossin **Trübner** in allen Orten, in denen uns Lokale zur Verfügung stehen, und im November Genosse **Thesing** in einer Serie von Versammlungen aufklärende Vorträge hielten. Leider haben auch hier die Genossen dem Streben des Vorstandes nicht die notwendigen Nachdruck verliehen.

Wo sich die Notwendigkeit herausstellte, haben Vertreter des Vorstandes in Sitzungen und Besprechungen mit den leitenden Genossen der einzelnen Orte für Abstellung bestehender Differenzen Sorge getragen. Zu bedauern ist nur, daß Genossen, die früher sehr tätig waren, in den Sitzungen den einzuschlagenden Maßnahmen zustimmen, später aber doch ihre eignen Wege gingen. Als besonders erwerlich kann hier wohl registriert werden, daß im Berichtsjahr auch etwas für die Frauenbewegung geschehen ist. In sechs Orten des Kreises ist die „Gleichheit“ seit Juni regelmäßig verbreitet. 170 Abonnenten sind allerdings nicht viel; bleibt aber im nächsten Jahre diese Zahl, oder wird sie gar vermehrt, so wird das ein Zeichen des gefunden Sinnes unserer Frauen sein, die eine gute Lesart zu schätzen wissen. Besonders erwähnenswert ist wohl auch, daß unsere Gegner alles daransetzten, um uns den Boden abzuzugraben. Sie wissen, was auf dem Spiele steht. Die Zeit ist da, wo der Kreis Wanzleben dem sicheren Bestehen der Sozialdemokratie zugesagt werden kann. Nur widerwillig räumt naturgemäßerweise der Gegner das Feld. Noch fühlt er sich stark genug, seine Position zu behaupten. Ja, es kann ruhig ausgesprochen werden: während sich bei uns im Kleinlichen, persönlichen Haber die Kräfte zerstückelten, hat der Liberalismus in einer Reihe von Orten gut funktionierende Organisationen aufgebaut. Das soll, das muß für uns alle ein Ansporn sein, in Zukunft alles Trennende beiseite zu schieben, mit erneuter, einmütiger Kraft an die Erfüllung unserer Aufgaben hervanzugehen.

Die Tätigkeit des Vorstandes ist eine sehr vielseitige gewesen. Wiederholt mußte in einzelnen Orten persönlich eingegriffen werden. In Fernersleben, wo es immer noch nicht so recht klappen will, mußte der frante Organismus besonders gepflegt werden, um zur Gründung zu gelangen. Noch mehr ist das in Egeln der Fall. Leider kann der Vorstand nicht überall zur richtigen Zeit am Platze sein, so daß auch mancher Wunsch nicht erfüllt werden konnte. Die Erteilung der Rechtsauskunft hat die Tätigkeit des Genossen **Klotz** manchmal dann in Anspruch genommen, wenn auf andern Gebieten eingegriffen werden sollte. Anfang Februar erhielt Genosse **Klotz** nachfolgendes Schreiben vom Reichsversicherungsamt:

Das Reichsversicherungsamt  
Abteilung für Invalidenversicherung  
Berlin W., 30. Januar 1906.  
II 223

Auf Ihre Eingaben vom 27. August 1904, betr. die Rentensachen **Könneke**, **Nichter**, **Werner**, **Döring**, und vom 1. Oktober 1904, betr. die Rentensachen **Gewalt** und **Woffe**, wird Ihnen ergeben mitgeteilt, daß die Beschwerden des Dienstmädchens **Berta Richter** und der Arbeiterin **Magdalene Döring** geb. **Wolzig** durch die Wiederbewilligung ihrer Renten inzwischen ihre Erledigung gefunden haben.

Den andern Beschwerdeführern wird von dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt demnachst ein berufungs-fähiger Bescheid über die Rentenentscheidung erteilt werden. Sie sind dann in der Lage, durch Einlegung der Berufung gemäß § 114 des Invalidenversicherungs-Gesetzes die Rechtswirksamkeit ihres Bescheides im instanzialen Verfahren nachprüfen zu lassen.

**Gabel:**  
Das Verfahren der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in der bekannten Rentenentscheidungs-Affäre war, das bestmögliche Schicksal, kein ordnungsmäßiges, trotzdem ist durch die nachträgliche Ermächtigung der Berufung allerdings nur einem kleinen Teile der Betroffenen eine höhere Rente zugesprochen worden. Hätten wir nicht eingegriffen, dann wäre aber auch das nicht eingetreten.

Wie notwendig die Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle war, kommt auch in diesem Jahre wieder recht deutlich zum Ausdruck. Können wir doch in der Rentenentscheidungsangelegenheit in Kreise allein in Egeln durch das Eingreifen unserer Anstaltsstellen Personen den Fortzug ihrer Rente ermöglichen. Aber auch sonst wurden ganz erfreuliche Resultate erzielt. Leider ist es uns nicht möglich, diese Zahlenmäßig nachweisen zu können, da es viele Auskunftsgehende nach Erledigung ihrer Angelegenheit nicht für notwendig hielten, unsere Anstaltsstelle Nachricht zukommen zu lassen.

Auskünfte wurden erstellt im Berichtsjahre in 204 Angelegenheiten. Dieselben verteilen sich auf:

Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung	86
Bewaltungsangelegenheiten, Eingaben an Behörden	42
Widowschaften	28
Steuerklagen	14
Miets- und Wohnungsangelegenheiten	12
Vormundschaftsangelegenheiten	10
Summa	204

Schriftstücke wurden angefertigt 124 mit 389 Seiten, Porto wurde verauslagt 6,30 Mark.

Die Auskünfte verteilen sich auf die Orte Gr.-Ottersleben, Kl.-Ottersleben, Bennedek, Lemsdorf, Sülzdorf, Osterweddingen, Langenweddingen, Diesdorf, Egeln, Westeregeln, Tarchun, Wolmirsleben, Wangleben, Gdmersleben. Von den Auskunftsstellen waren gewerkschaftlich organisiert 117, Witwen und andre weibliche Personen 38 nicht organisiert 49.

Langsam aber stetig ist die Zahl der Mitglieder bzw. der regelmäßig freiwillige Beiträge zahlenden Parteigenossen gestiegen.

Es zahlten Beiträge im Durchschnitt des Jahres:

Jahr	1901	1902	1903	1904	1905
Genossen	341	371	412	476	597

Auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilte sich diese Zahl:

	1901	1902	1903	1904	1905
Diesdorf	53	64	65	59	61
Fermersleben	40	29	32	44	45
Gr.-Ottersleben	217	198	201	141	182
Hohehobeleben	—	33	35	36	40
Kl.-Ottersleben	—	—	—	66	79
Lemsdorf	—	—	16	53	77
Westerhagen	39	47	63	77	104

Die Steigerung der Mitgliederzahl beträgt, jedesmal gegenüber dem Vorjahre, in Prozenten ausgedrückt, im Jahre 1902: 8,81 Prozent, 1903: 11,32 Prozent, 1904: 15,53 Prozent und 1905: 25,84 Prozent. Der Abonnementstand der „Volksstimme“ ist ebenfalls ein besserer geworden. Doch war hier in den letzten Jahren zunächst einmal eine Rückwärtsbewegung zu verzeichnen. Der Abonnementstand ging im Jahre 1902 um 16,44 Prozent zurück und hob sich von da ab im Jahre 1903 um 21,90, 1904 um 15,15 und 1905 um 13,38 Prozent. Die finanzielle Entwicklung des Vereins kann als eine sehr gute bezeichnet werden.

Der Gesamtkassenbestand beträgt 2543,39 M., das ist gegenüber dem Vorjahre mit 1362,32 M. Kassenbestand eine Steigerung um 86,69 Prozent. Ueber die Finanzgebarung im einzelnen informiert nachfolgende Aufstellung:

Einnahme und Ausgabe in den Filialen:

	Einnahme	Ausgabe	Bestand
Diesdorf	391,02	335,71	45,31
Egeln	85,50	72,20	13,30
Fermersleben	331,—	311,63	19,37
Gr.-Ottersleben	630,14	570,17	59,97
Hohehobeleben	233,83	202,85	35,98
Kl.-Ottersleben	440,05	390,96	49,09
Lemsdorf	391,10	307,62	83,48
Wangleben	5,99	5,99	—
Westerhagen	313,34	290,18	23,16
Wenddorf	34,20	34,20	—

Einnahme und Ausgabe der Hauptkassa:

a) Einnahme:		
1. Kassenbestand vom Jahre 1904		1192,36 Mark
2. Aus den Filialen und von Einzelmitgliedern eingekandt aus:		
a) Diesdorf	34,20 Mark	
b) Diesdorf	242,77	
c) Egeln	72,20	
d) Fermersleben	243,75	
e) Gr.-Ottersleben	420,10	
f) Hohehobeleben	124,80	
g) Klein-Ottersleben	337,47	
h) Lemsdorf	256,92	
i) Wangleben	5,99	
k) Westerhagen	183,15	
l) Wolmirsleben*)	5,00	1926,35 Mark
3. Zinsen		54,73
4. Sonstige		816,16
Zusammen		3959,60 Mark

  

b) Ausgabe:		
1. Für die freiliebenden Vergewaltigten		600,00 Mark
2. allgemeine Agitation		854,66
3. besondere Agitation in Wangleben und Egeln		190,00
4. Für Delegationen		117,20
5. Verwaltungsausgaben		19,01
Zusammen		1780,87 Mark

  

Bilanz der Hauptkassa:		
Einnahme		3959,60 Mark
Ausgabe		1780,87
Bestand		2205,73 Mark

\*) Die am 30. Jan. von Wolmirsleben eingegangenen 5,00 Mark konnten in der Abrechnung nicht mehr mit aufgeführt werden.

b) Ausgabe:

1. Für die freiliebenden Vergewaltigten	600,00 Mark
2. allgemeine Agitation	854,66
3. besondere Agitation in Wangleben und Egeln	190,00
4. Für Delegationen	117,20
5. Verwaltungsausgaben	19,01

Zusammen 1780,87 Mark

Bilanz der Hauptkassa:

Einnahme 3959,60 Mark

Ausgabe 1780,87

Bestand 2205,73 Mark

Die Vollliste im Kreise umfaßt zur Zeit, da der Bericht niedergeschrieben wird, folgende Lokale, die zur Abhaltung jeder Art von Versammlungen zur Verfügung stehen: In Diesdorf „Reißes Hof“, Hildebrandt; Egeln „Wildehühnergarten“, Jagule; Fermersleben „Goldener Engel“, Siller; Fermersleben „Deutscher Kaiser“, Hänggen; Gr.-Ottersleben „Strumpfschneiderei“, Bennedek; „Weißer Schwan“, Schulze; Klein-Ottersleben „Deutscher Hof“, Schulze; Lemsdorf „Deutscher Kaiser“, Cisar; Sülzdorf „Friedrichs-Hof“, Müller; Salsb.: „Kaiserhalle“, Köbel.

Parteilosen! Jede Einzelheit der Entwicklung, die im Berichtsjahre zu verzeichnen ist, hier zu registrieren, müssen wir uns verlagern. Wir schließen deshalb mit dem Wunsch, daß das Jahr 1906, welches uns ja schon in seinem ersten Monate nicht unwesentliche Erfolge gebracht hat, sich so weiter entwickeln möge. Dann wird unser langgehegter Wunsch, die ersten tausend Mitglieder um unsre Fahne zu sammeln, endlich in Erfüllung gehen. Von der Versammlung erwarten wir, daß sie Maßnahmen beschließen wird, die, zur weiteren häufigsten Entwicklung unseres Vereins beitragen werden.

Julius Koch.

## Provinz und Umgegend.

**Wartleben, 30. Januar.** (An die Arbeiter-Radfahrer-Verleihen.) Es ist schon mehrmals in der „Volksstimme“ auf den Wert des Arbeiter-Radfahrer-Vereins hingewiesen worden, doch hat es ein großer Teil der organisierten Arbeiter-Verleihen, welche im Besitz eines Rades sind, unterlassen, sich dem Verein anzuschließen. Leider ist noch zu verzeichnen, aber wenn man nicht, daß Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert sind, einem berechtigten Radfahrer-Verein angehören und sich zur Teilnahme bei patriotischen Festen gedrungen fühlen, so ist das beschämend. Früher hieß es immer: Ihr habt keinen Saal und man kann sich nicht anschließen bei euch. Diese und andre ähnliche Ausreden können nicht mehr gelten, da Wartleben seit dem vergangenen Jahre im Besitz eines eignen Gewerkschafts-Saales ist. Daß der Verein alles bietet, was in seinen Kräften steht, ist wohl selbstverständlich. Dieses beweisen die vielen Übernahmen, die sich der junge Verein bereits verdient hat. Auch soll das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen gepflegt werden, um nach schwerer Lagersarbeit ein paar frohe

Stunden im Kreise der Sportkollegen zu verbringen. Darum ist es Pflicht eines jeden Genossen, welcher im Besitze eines Rades ist, diesem Verein beizutreten. Der Vorstand.

**Lemsdorf, 30. Januar.** (Gemeindevorstand.) Zu der mit derselben Tagesordnung schon einmal abgerufenen Versammlung waren nur drei Gemeindevorsteher erschienen. Die noch für 1905 geforderte Gehaltssteigerung für Amtsvorsteher Müller-Groß-Ottersleben als Stabsbeamter für Lemsdorf wurde abgelehnt. Für das Jahr 1906 wurde eine Erhöhung von 250 Mark festgesetzt. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, vom 1. Januar 1907 das Stabsamt für Lemsdorf von Groß-Ottersleben nach Lemsdorf zu verlegen. Dem sich dazu als Stabsbeamten erbietenden Ortsvorsteher Hopf wurde gleichfalls eine Entschädigung von 250 Mark bewilligt. Weiter wurde beschlossene, die Freie- und Budenstraße zu pflastern. Die daran liegenden Hauswirte sollen frühzeitig genug davon in Kenntnis gesetzt werden, damit sie die dazu von ihnen zu zahlenden Gelder rechtzeitig flüssig haben. In der Budenstraße soll eine Notlatrine aufgestellt werden. Als Steuerernehmer wurde Herr Lehrer Wehsholz gewählt.

**Halberstadt, 30. Januar.** (Das Landhaus) gehört jetzt endgültig Halberstadt. Bekanntlich hat die Gemeinde Langenstein gegen die Stadt Halberstadt einen Prozeß geführt um die Zugehörigkeit des Landhauses. Langenstein hat diesen Prozeß verloren und damit auch das Landhaus, welches seit circa 100 Jahren in dem Grundbuch der Gemeinde Langenstein als Eigentum geführt wurde. Die Kosten des Rechtsstreits wurden gleichfalls der Gemeinde Langenstein auferlegt. — „Gamlet“. Der hervorragende Dresdner Hofschauspieler Paul Wiede ist von der hiesigen Theaterdirektion als Gast zu der am Freitag den 2. Februar stattfindenden „Gamlet“-Aufführung gewonnen worden. — Die Wahlvereinssammlung findet am Donnerstag abend in Hollmanns Lokal, Bafensstraße, statt. Siehe Inserat in heutiger Nummer.

**Osterwieck, 31. Januar.** (Schwerer Unfall.) Am Sonnabend, abends gegen 6 Uhr, wurde der Leiter des hiesigen städtischen Elektrizitätswerks, Herr A. Wetters, vom Kaiser-Essen abgerufen. Im Leitungsnetz war eine Störung eingetreten, wodurch verschiedene Straßen der Stadt ohne Licht waren. Um die Störung festzustellen, bestieg Herr Wetters den Mast an der Ecke der Nikolaistraße und suchte die Sicherungen, welche oben für die einzelnen Stromkreise angebracht sind, mit einem Schraubenschlüssel anzuziehen. In diesem Augenblick brach die Leiter und W. stürzte aus beträchtlicher Höhe auf das Straßenpflaster. Er wurde beunruhigend in das Preis-Krankenhaus gebracht und kam erst am Sonntag früh wieder zur Besinnung. Durch den schweren Sturz sind die rechte Schulter und der rechte Arm mehrmals gebrochen. Innerliche Verletzungen scheinen nicht vorzuliegen, so daß der Verletzte hoffentlich bald wieder hergestellt ist. Sicherlich werden jetzt auch ordentliche Leitern angeschafft.

**Schönebeck, 30. Januar.** (Achtung, Parteigenossen!) Am Donnerstag den 1. Februar findet im „Bürgerhaus“, Weidenweg 57, eine Parteivereinssammlung statt. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, ist das Erscheinen sämtlicher Genossen von Selbe, Frohje und Schönebeck notwendig.

## Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 30. Januar 1906.

**Betrug.** Der schon öfter vorbestrafte Meißener Bernhard Schuch hier, geboren 1875, überbrachte dem Mineralwasserfabrikanten, Hagermann in der Zeit vom 13. bis 16. Mai 1905 etwa 20 Aufträge, die sämtlich erledigt gewesen sein sollten, und verzögerte, dafür Provisionen zu erlangen. Als die Zahlung verweigert wurde, schrieb Schuch am 20. Mai einen Drohbrief an ihn. Der Vorsitzende der Kammer, Landgerichtsdirektor Notering, hob in der Verhandlung hervor, daß sehr häufig Handelsreisende von Prinzipalen angestellt würden, obwohl sie schon wiederholt wegen Betrugs erhebliche Freiheitsstrafen verdüßt hätten und auch sofort in der neuen Stellung wieder Betrügereien und Unterschlagungen begingen. Die Wiederanstellung sei nur dadurch zu erklären, daß die sorglosen Prinzipale sich niemals vorher erkundigten, ob der stellungsuchende Reisende vorbestraft sei. Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzten betrügerischen Betrugs im wiederholten Rückfall und wegen versuchter Erpressung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Diebstahl.** Der Arbeiter Gottlieb Ferschland hier, geboren 1862, stahl am 4. August 1905 dem Invaliden Richter hier, mit dem er zusammen im „Kollshaus“ logierte, eine Hase. Ferner stahl Ferschland am 31. August dem Gaswärter Groß zu Calbe a. S., bei dem er eingekerkert war, ein wertvolles Raubgewehr und ließ sich darauf von einem Oberleutnant 15 Mark. Der diesmal vorbestrafte Angeklagte erhielt wegen beider Rückfalldiebstähle 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Erwerbsloshilfe und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

**Wegen schweren Diebstahls und Hehlerei** sind angeklagt: 1. der Arbeiter Ernst Wohlemann zu Cracau, geboren 1876, 2. der Arbeiter Heinrich Leh dahlst., geboren 1870, 3. der Arbeiter Paul Gange hier, geboren 1868, 4. der Kuragehändler Karl Grosse zu Cracau, geboren 1855, sämtlich vorbestrafte. Wohlemann und Gange ertranken am 3. Dezember 1895 abends den am Friedrichshäuser Bahnhof gelegenen Speicher des Händlers Ginde und nahen 2 Zentner Hafer. Ferner stahlen Wohlemann und Leh im Jahre 1905 aus dem abbrochenen Speicher zu drei Malen insgesamt 5 Ztr. Gerste und circa 2 1/2 Ztr. Hafer. Hiervon kaufte Grosse 4-5 Ztr. Hafer zu einem billigen Preise an, wie die drei Diebe behaupten. Grosse aber in Abrede stellt. Die Beschuldigungen genügen der Kammer nicht zu seiner Ueberführung, weshalb er von der Anklage der Hehlerei freigesprochen wurde. Dagegen wurden beturteilt: Wohlemann zu 9 Monaten Gefängnis, Leh und Gange zu je 6 Monaten Gefängnis.

**Vöthcherberührung.** Der vielfach vorbestrafte Arbeiter Gustav Grosse zu Schönebeck, geboren 1864, warf am 20. Januar 1905 nach einem Vorstreich den Arbeiter Nerkmann im Steinbruch zu Köhly mit einem schweren Pflasterstein an den Kopf und wurde deswegen vom Schöffengericht in Gommern am 14. Dezember zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

**Mitterdienste.** Der Zimmermann Walter Zuppelna, geboren 1853, und der Arbeiter Paul Buch, geboren 1857, hier, sind am 29. November 1905 in das Grundbuch des Kaufmanns Pöze gemeinschaftlich eingetragen, haben die von dem Kriminal-Anwalt Schöder 1 festgenommenen, unter Stützkontrollen stehende Maria Buch gewalttätig befreit, den Zeugen angeblickt und beleidigt und bedroht. Zuppelna leistete ihr Zuhilfenahme. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt. Die Kammer beturteilte Zuppelna wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs in Verbindung mit Gefangenenerrettung und wegen Zuhilfenahme zu 1 Jahre und 1 Monat Gefängnis, 3 Jahren Verlust und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde nach Verbüßter Strafe, Buch wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs in Verbindung mit Gefangenenerrettung zu 2 Wochen Gefängnis.

**Hausfriedensbruch.** Der Knack Johannes Babon, geboren 1853, und der Arbeiter Franz Babon, geboren 1875, und Jakob Babon, geboren 1853, zu Groß-Ottersleben, wurden vom Schöffengericht zu Sülzdorf am 9. November 1905 wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu Lemsdorf am 1. Oktober und

wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten bzw. 8 Monaten und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die eingelegten Berufungen wurden mit der Maßgabe verworfen, daß die Strafe des Joseph Babon auf 4 Monate und 1 Woche Gefängnis ermäßigt wurde.

## Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer.

Sitzung vom 29. Januar 1906.

**Vorsitzender:** Stadtrat Lübbeckens; **Beklagter:** Metallarbeiter Weberroth und Klemmer Michael, Arbeitnehmer; **Fabrikant:** Schlichte und Direktor Hessler, Arbeitgeber.

Die Lohninbehaltungen konstruiert werden. Ein ungemein großer Zeugenapparat wurde bei der Klage des Hofmeisters Hohlstein gegen die Firma Wöhlerter früher Kraag, von der letzteren aufgegeben. Dem Hohlstein wurde der Lohn im Betrage von 27,34 Mark einbehalten, weil er der Beklagten einen weit größeren Schaden dadurch verursacht haben soll, daß er durch seine Dispositionen den nutzlosen Stand von 18 Gespannen am Bahnhof verursacht, außerdem der Ausfall von zwei Biegefräsen herbeigeführt und seine Aufgaben als Hofmeister nicht energisch genug vertreten habe. Die Zeugenvernehmung ergibt aber keineswegs die Richtigkeit der Angaben des Vertreters der Beklagten, so daß derselbe selbst den diesbezüglich geltend gemachten Schadenerschaftsanspruch als unberechtigt fallen läßt. Klager ermäßigt hierauf seine Forderung auf 21 Mark, die vom Beklagten bzw. dessen Vertreter anerkannt werden. Die so große Aktion zur Geltendmachung der Schadenerschaftforderung ist zwar ganz jämmerlich verlaufen, immerhin gibt sie jedem Arbeiter, und ganz besonders den in Fabrikbetrieben beschäftigten, alle Ursache, darüber nachzudenken, in welchen Fällen sie ersparlich gemacht werden können.

**Der Arbeitsnachweis.** Die Firma Hamann hatte beim städtischen Arbeitsnachweis einen Arbeiter auf 14 Tage bis 3 Wochen verlangt. Hierzu meldete sich der Arbeiter Kante. Ihm wurde auf dem Arbeitsnachweis mitgeteilt, daß es Kündigung nicht gebe. Als Kante entlassen wurde, beanpruchte er 3,50 Mark Entschädigung. Klager wird aber mit seiner Forderung kostenpflichtig abgewiesen, weil durch den Arbeitsnachweis noch keineswegs die Annahme zur Arbeit erfolgt ist, vielmehr die Annahme in jedem einzelnen Falle erst durch den Auftraggeber erfolgen könne. Die Vermittlung der Stellen durch den Arbeitsnachweis mache den Auftraggeber noch verbindlich.

**Die gemüthlichen Kompagnons.** Der Projektur Engelst Klage gegen den Kinematographenbesitzer Heinebrodt auf Zahlung von 146 Mark Gehalt. Die Verhandlung ergibt aber nach Austausch der liebenswürdigsten Kojenamen, daß der Kläger nicht Angestellter, sondern Mitinhaber bzw. stiller Teilhaber des Beklagten war, worauf Klager auf Vorhalt seine Klage zurückzieht, weil das Gewerbegericht nicht zuständig ist. Die gegenseitigen Vorwürfe der beiden Sozi hatten wiederholt die lebhafteste Heiterkeit hervorgerufen.

**Unberechtigte Lohnabzüge.** Die Arbeiter Schulenburg, Bachmund und Fuhrmann klagen gegen die Firma Vetschow auf Zahlung von 8,50 Mark, 1,25 Mark und 3,44 Mark zu Unrecht in Abzug gebrachten Lohnes. Sämtliche Kläger waren bei der Beklagten im Wochenlohn beschäftigt; trotzdem ist ihnen für die gesetzlichen Feiertage und die kurzen Zeiträume, die sie zum Aufsuchen von Arbeit gebraucht hatten, ein entsprechender Betrag vom Lohn abgezogen worden. Die Kläger wollen sich diesen Abzug nicht gefallen lassen. In der wichtigen Angelegenheit, in der sich die Kläger auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützen, kommt es zu keiner gerichtlichen Entscheidung, weil der Vertreter der Firma die auf 8 Mark, 2,70 Mark und 75 Pfg. ermäßigten Forderungen anerkennt.

**— Schutz vor Schulkneuten.** Einen Dienst quittieren mußte der frühere Schulknecht Christian Friedrich Wolf wegen eines Rencontre, das er am 8. Oktober mit Zivilisten hatte. W. hatte Schulknecht geholt und befand sich schon in der vierten Stunde auf dem Heimweg. Unterwegs gestellte er sich zu einer kleinen Ans Herren und Damen bestehenden Gesellschaft und wurde bald so intim, daß er sich über die Äußerlichkeiten der Damen gegenüber erlaubte. Wegen öffentlicher Beleidigung vom Chemnitzer Schöffengericht zu zehn Wochen Gefängnis verurteilt, legte W. Berufung ein, die aber vom Landgericht Chemnitz als unbegründet verworfen wurde.

## Kleine Chronik.

Der Doppelmord in Braunschweig.

Die Voruntersuchung gegen den Doppelmörder Brunke, den 17-jährigen Banflehrling in Braunschweig, der die beiden erwachsenen Töchter eines dortigen Kaufmanns angeblich auf deren Geheiß erschoss, ist nunmehr abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft wird schon in den nächsten Tagen die Anklage gegen den Lehrling erheben. Der jugendliche Doppelmörder befand sich längere Zeit zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt, aus der kürzlich dem Untersuchungsgefängnis wieder zugeführt wurde. Hiernach scheint es, daß die Beobachtung des Vorliegens eines geistigen Defektes bei Brunke nicht ergeben hat.

Eine blutige Feierlichkeit.

Bei einer Feier in Mißla bei Eisenach wurden der Wirt, die Wirtstochter und sechs Gäste von andern betrunkenen Gästen mit Messern und Biergläsern mißhandelt und schwer verletzt.

Im Steinbruch getödtet.

Auf dem Steinbruch von Heimann bei Bollhaus, Bezirk Wiesbaden, ereignete sich ein schweres Unglück. Die Steinbrecher Klopffel und Gieschardt wurden durch niederbrechendes Gestein getödtet, der Steinbrecher Wücher tödtlich verletzt.

Krawalllustige Studenten.

Das akademische Rektorat der Universität Tübingen verhängte über das Corps Frankonia eine Disziplinarstrafe. Diese Maßnahme ist auf fortgesetzte grobe Erzege gegen die öffentliche Ordnung zurückzuführen, die sich die Mitglieder des Corps in letzter Zeit haben zuzulassen kommen lassen. Die Verfehlungen bestanden in ihrem Konflikt mit der Polizei, Unzufug auf der Straße und in öffentlichen Lokalen, das Publikum wurde vielfach gröblich belästigt. Die Studenten, die dem Corps Frankonia angehören, stammen zum größten Teil aus Norddeutschland.

Die größte Mühle Deutschlands in Brand.

Der bei dem letzten Brande der Ludwigschafener Walzmühle, der größten Mühle Deutschlands, Mitte Dezember stehen gebliebene Teil, die sogenannte Graupenmühle, wo bisher gearbeitet wurde, brannt seit Dienstag früh 5 Uhr. Nach einer späteren Meldung ist die Graupenmühle abgebrannt.

Eine pflichtvergessene Stadtverwaltung.

Unglaubliche Zustände herrschen in dem oberheinischen Städtchen Sallendar, die in einer überaus zahlreich besuchten, mehr als 6 Stunden währenden Bürgerversammlung lebhaft diskutiert wurden. Seit dem Amtsantritt des jetzigen Bürgermeisters Kohls hat die jährliche Schuldenlast um 400 000 Mark zugenommen. Seit 1896 sind fast alle Etats aufgestellt und Revisionen nicht ausgeführt worden. Die Verwaltung beschloß, das Staatsministerium um alsbaldige Auflösung der Stadtverordnetenversammlung durch königliche Verordnung zu ersuchen, die Angelegenheit im Landtage zur Sprache zu bringen, bezüglich der Amtsführung des früheren Gemeindevorstandes bei der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe Anzeige zu erstatten sowie die verantwortlichen Beamten und Stadtverordneten regrepplich zu machen.

Ein Jopfabjaneider.

Ein offenbar krankhaft veranlagter Jopfabjaneider, dessen Treiben schon längere Zeit in Berlin Verunreinigung herbeizuführen, ist jetzt der Polizei in die Hände gefallen, als er gerade im Begriff stand, einem Mädchen den Jopf abzuschneiden. Auf der Reiterstraße

# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 26.

Magdeburg, Donnerstag den 1. Februar 1906.

17. Jahrgang.

## Der 22. Januar in Italien.

Die italienische Arbeiterschaft hat den Jahrestag der Petersburger Meuterei im ganzen Lande durch große Volksversammlungen und Sympathiekundgebungen gefeiert. Nicht nur in allen großen Städten, auch in den Landstädtchen und Dörfern hat das klassenbewußte Proletariat Versammlungen organisiert: ihre Zahl zählt nach vielen Hunderten; wurden doch in den norditalienischen Provinzen dreißig bis vierzig Versammlungen in einer einzigen Provinz gehalten. Trotz ungeheuren Polizeiaufgebotes ist es nirgends zu ernstlichen Konflikten gekommen. In Neapel, Turin, Mailand, Bologna, Bari wurden Verhaftungen vorgenommen, nur in Rom gewann die Demonstration einen etwas gefährlichen Anstrich.

Hier scheint es allerdings die Polizei direkt darauf angelegt zu haben, Konflikte zu provozieren. Bis zum Sonnabend waren die Organisationen des Glaubens, daß sowohl der Umzug durch die Stadt als auch die Versammlung unter freiem Himmel gestattet wäre. In zwölfter Stunde beging nun die Regierung die Kopflosigkeit, beides zu verbieten. Es sind aber die Zeiten vorbei, wo man das italienische Proletariat ungestraft derartig provozieren konnte. Die Organisationen beratschlagten am Sonnabend und beschloßen, die verbotene Versammlung am Montag zu halten und ihr durch allgemeine Arbeiterruhe größere Feiertlichkeit und zahlreicheren Besuch zu sichern.

Die Behörden trafen große Vorkehrungen, scheinen aber nicht recht verstanden zu haben, wie ernst es den römischen Arbeitern um ihre Drohung war. Als um 1 Uhr die Trambahnen ihre Wagen in die Depots führten, blieb man etwas perplex. Die beiden russischen Gesandtschaften waren bereits am Morgen unter militärischen Schutz gestellt. Als man aber begann, den für die Versammlung bestimmten Ort, hinter dem Kolosseum, durch militärische Cordons abzuschließen, war es schon zu spät. Einige tausend Menschen waren bereits zur Stelle, andre umgingen die im Halbkreis gezogenen Cordons, an einigen Stellen wurden sie durchbrochen. Je gewaltiger die Menschenmenge sich auf dem weiten, mit antiken Mauer- und Tempelresten überfüllten Platz aufbaute, um so mehr drängten die Neuankömmlinge gegen die Cordons. Kurz vor 3 Uhr wurde der Polizei klar, daß die Situation eine unhaltbare war: entweder mußte man den Demonstranten freie Bahn lassen oder Gewalt anwenden. Man schickte nun Verstärkungen in die nächsten Kasernen, um Anstrichungen in das Ministerium des Innern. Dort hatte Fortis zu guter Letzt einen lichten Moment: die Klamage war nun einmal unvermeidlich, denn die verbotene Versammlung war bereits im besten Gange; was noch zu vermeiden war, war Blutvergießen. So kam die Order, man solle die Truppenkordons zurückziehen: die Versammlung war erlaubt. Das Militär zog sich unter die gewölbten Gänge des Kolosseums zurück, wo bereits zwei Eskadrons Husaren und viele Karabinieri sowie die Ambulanzen versteckt worden waren.

Vor einer ungeheuren, auf 20 000 Personen geschätzten Menge sprechen inzwischen der Abgeordnete Genoffe Cabrini,

der Republikaner Magliari, der Anarchist Forbicini und zum Schluß die Genoffin Maria Cabrini. Von einem als Tribüne dienenden, mit Rosen bezogenen Mauerrest, angelehnt an den gewaltigsten Vauze, den uns das Altertum hinterlassen hat, sprechen die Redner zu einer fast unübersehbaren Menge, während aus den dunklen Gängen des Kolosseums die Uniformen und Waffen der Soldaten blinken und sich gleich schwarzen Schlangen immer neue Demonstrantenzüge nach dem Versammlungsort bewegen — ein eigenartiges und materielles Bild.

Als sich kurz nach 1 Uhr die Versammlung mit einem Schrei auf die russische Revolution auflöste, hatten die Behörden bereits alle Dispositionen getroffen, um einen friedlichen Verlauf der so würdevoll begonnenen Demonstration zu verhindern. Man hatte nämlich erstens Order gegeben, die Mäntel der Demonstranten in geschlossener Kolonne zu verhalten, und zweitens hatte man städtische Schutzleute mit der Führung von 20 oder 30 Trams beauftragt. So kam es, daß die Menge, die ja schließlich wieder in die Stadt und in ihre Wohnungen zurückkehren mußte, die Cordons durchbrach, wobei es auf beiden Seiten zu Erzeßen kam. Einige Burken konnten der Versuchung nicht widerstehen, Biegelsteine, die auf dem Boden zerstreut lagen, auf die Polizisten zu schleudern. Ein Polizist zog den Revolver, aber sein Offizier fiel ihm sofort in den Arm. Schließlich ließ man die Husaren in die Menge hineinsteigen, ein sehr gefährliches Spiel, adas aber, dank der Vermittlung der — Pferde, zu keinem Unheil geführt hat. Es kam so zu einem längeren Zeit dauernden Scharrmüll, bei dem das Militär mehr oder weniger absurde Evolutionen ausführte, die höchstens dazu dienten, die nie fehlenden Madambücher in Stimmung zu erhalten.

Unterdessen trafen die Demonstranten, die die Cordons durchbrochen hatten, in der Via Cavour auf zwei von Schutzleuten geführten Trams. In einem Augenblick waren sie umzingelt, zum Stehen gebracht und nach der schelmigen Flucht der Insassen und Führer wurden sie teilweise demobilisiert. Auch andere Trams auf der Piazza Venezia und am Foro Trajano erging es nicht besser.

Nach der „Tribuna“ beläuft sich der Materialschaden der Trambahn-Gesellschaft auf 2000 Lire. Verwundet wurden gegen 60 Polizisten, Soldaten und Schutzleute, einige zehn Demonstranten (alle leicht, bis auf einen Schutzmann). Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf 63, von denen 37 in Haft verbleiben. Von diesen 37 sind nur sieben mehr als 20 Jahre alt! Es handelte sich also mehr um Knabenjerkche als um ernste Dinge. Im übrigen konnte die Behörde absolut nicht darauf rechnen, die Trams unbeschädigt zirkulieren zu sehen. Erst als um 10 Uhr der letzte Tram zurückgezogen worden war, kam die Stadt zur Ruhe.

Die Ausschreitungen in Rom, die provoziert worden waren, vermögten aber nicht der imponierenden Feiertlichkeit des Gedenktages ernstlich Abbruch zu tun. Das italienische Proletariat hat gezeigt, daß es mit warmer Teilnahme den Kämpfen der russischen Helden folgt; auch das Ergebnis der Sammlungen hat bestätigt, wie sehr ihm die Solidarität mit den nordischen Revolutionären am Herzen liegt. Die

Arbeiterschaft hat in würdiger Weise diesen Gefühlen Ausdruck gegeben und gleichzeitig bewiesen, daß es dem Paris-mus im eignen Lande keinen Vardon zu geben gewillt ist. —

## Deutscher Reichstag.

31. Sitzung.

Berlin, 30. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundespräsident: Graf Poyadowski.

Die Einsetzung des Privatlageverfahrens gegen den Abg. Bod (Soz.) wird debattelos beschlossen.

Der Gesetzentwurf betr. Grenzverletzung mehrerer Reichstagswahlkreise wird debattelos in dritter Lesung angenommen.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über

### die Hilfskassen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Becker (Heim. Nat.): Auch wir haben das größte Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Graf Poyadowski hatte nur in Aussicht gestellt, gegen die Schwindelkassen vorzugehen; jetzt geht man aber auch gegen die gut geleiteten Hilfskassen vor. Gegen die Schwindelkassen reichen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen vollständig aus, wenn nur die Kontrolle eine schärfere ist; dagegen wird die Unterstellung unter das Aufsichtsammt eine ganze Anzahl guter Hilfskassen zum Eingehen bringen. Würde man sich aber darauf beschränken, neugegründete Hilfskassen unter das Aufsichtsammt zu stellen, so würden meine politischen Freunde hierfür sofort zu haben sein. Ich möchte noch anfragen, ob auch der Mejererfonds der Hilfskassen nach den Grundätzen der Versicherungsgehehung behandelt werden soll. (Zeh. Beif. v. d. Nat.)

Direktor im Reichsammt des Innern Caspar berichtet die Vorlage. Die Regierung denkt durchaus nicht daran, die Hilfskassen, die sich bewährt haben, zu unterdrücken. Die Selbstverwaltung dieser Kassen wird durch die Unterstellung unter das Privatversicherungsamt nur gestärkt werden; dieses Amt hat sich in der Praxis so duldsam bewährt, daß ihm sogar deswegen schon Verdächtigungen gemacht worden sind. Höfentlich wird in der Kommission eine Verständigung erzielt. (Beifall.)

Abg. v. Brockhausen (Nat.): Unfreiwillig sind Mißstände im Hilfskassenwesen vorhanden. Ich halte den Weg, den die Regierung zur Abstellung dieser Mißstände vorschlägt, für den besten; wir sind indessen durchaus gewillt, auch die Vorschläge eingehend zu prüfen, die sich auf dem Boden des bestehenden Hilfskassenwesens bewegen. Wir beantragen Heberweisung der Vorlage an eine 14gliedrige Kommission. (Beifall rechts.)

Gesamtrat Jaub weist auf die Vorteile hin, die den Hilfskassen aus der Unterstellung unter das Privatversicherungsamt erwachsen würden. Die Kassen werden dadurch z. B. das Recht erlangen, Nachschüsse zu erheben und Unterstellungen an Schwangere und an Familienangehörige zu zahlen. Auch werden die Bestimmungen über die Generalversammlungen erleichtert werden.

Abg. Schrader (Freih. Vg.): Mit der Bekämpfung der Schwindelkassen sind wir einverstanden, wir betrachten aber das Privatversicherungsamt als ungeeignet zur Anwendung auf die freien Hilfskassen. Die bestehenden Aufsichtsbefugnisse genügen vollst. Die freien Hilfskassen haben sich als notwendig erwiesen, daher müssen sie erhalten bleiben. — Wir werden die Vorlage in der Kommission eingehend prüfen. (Beifall links.)

Abg. Schatz (Nat.): Vorläufig und vor der Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes sind die Hilfskassen eine Notwendigkeit, weil sie für gewisse Kreise die einzige Möglichkeit bilden, sich überhaupt gegen Krankheit zu versichern. Auch erleben sie vielen Handlungsgehilfen die Krankenlasten, denen diese mit Rücksicht auf ihre sozialdemokratische Leistung häufig nicht beitreten wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Übertragung der Verwaltungskosten in durch die Unterstellung unter das Aufsichtsammt kaum zu erwarten; erübrigen doch unter den Augen des Aufsichtsamtes Versicherungsvereinigungen, die ganz enorme Verwaltungskosten im

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Maria Müller-Jahne.

(43. Fortsetzung.)

Während ich die Stirn an das bereifte Coupefenster preßte und auf den flackernden Lichtschein hinausstarrte, der mir die nahenden Stationen verkündete, frug ein rettender Gedanke aus ruhenden Tiefen zu mir empor:

Elfriede Günther!

Sie wohnte und wirkte in der Hauptstadt. Sie war vor langen Jahren lieb und gut zu mir gewesen. Sie würde es auch heute sein.

Und pfeifend und fauchend fuhr der Zug auf dem Bahnhof ein.

Als ich mich von der Bank erhob, griff ich, von einer schon einmal erlebten, plötzlichen Vision genarrt, in die Maschen des Netzes über mir: ich war wieder ein Kind von sechzehn Jahren, und das Leben, das lachende, goldene Leben wartete auf mich, die ganze Schürze voll blühender Rosen...

Oh Du, das Leben!

Wo warst Du, mein Liebling? Erkannte mein irrender Blick Dich nicht unter der hastenden Menge da draußen? Suchte keine rettende Hand aus den brausenden Wogen empor?

Da stand eine Frau mit hartem und prüfendem Blick. Diesen Blick kannte ich. Neben ihr ein junges, auffallend hübsches Mädchen von zwanzig Jahren vielleicht.

Ich hatte ein Taschentuch um den Arm gebunden als Erkennungszeichen.

Wir fanden uns sogleich. Ich erkannte sie an der Nebenlichtzeit mit ihrem Bruder.

Ich hatte es nicht nötig, ihr zu sagen, wie es um mich stand. Sie wußte es. Und sie wußte wohl auch, wer der war, der mein Leben in diesen brodelnden Abgrund geschleift.

Lydia Makowicz hatte eine Projakete bestellt. Und abermals fuhr ich im leuchtenden Väterglanz durch die Straßen der Residenz. Durch breite, flutende Lebensströme fuhr ich bis in die abgelegenen Straßen, wo die fünfstöckigen Häuser schmallos und traurig in den aschgrauen Himmel starrten und der bröckelnde Malt mit dumpfem Schlag auf das zerretene Pflaster fällt...

Und im flackernden Lichtschein sah ich eine Dirne hart an der Mante des Trottoirs stehen und die Straße hinunterpähen.

Einst hatte ich eine solche Dirne meine Schwelger genannt.

Da quoll's mir hoch wie ein erstickendes Entsetzen, und meine Hand griff in die Falten meines Kleides, an die Tasche, in der die Hundertmarkscheine knisterten...

Sie haben mich ohnmächtig die Treppe hinaufgetragen.

\*

Ein enger Flur. Als Lydia die Korridor tür aufschloß, stand ich schon wieder auf den Füßen: Helena stürzte und führte mich. Ihre Hand tat mir wohl.

Aus dem Flur traten wir in die Küche, die mir kalt und unwiderrlich erschien, so viel meine irrenden Blicke erschaffen vermochten. Die angrenzende „Berliner Küche“ war mit den bekannten stark abgenutzten Küchenschöbeln ausgestattet. Ein tafelförmiges Mavier nahm den Ehrenplatz im Zimmer ein. Vor den Fenstern, die auf einen tausendjährigen, schmutzigen Hof hinausgingen, führten ein paar verkommene, halb erfrorene, halb vertrocknete Blattgewächse ein trübseliges Dasein.

Lydia Makowicz war gegen mich von einer schmiegamen Freundlichkeit, die mich unheimlich berührte. Der großen, harten Frau, die ein schweres Leben durchkämpft und die nun, nachdem sie den Gatten und vier Kinder verloren hatte, durch die Gnade des Bruders in den Stand gesetzt war, als Zimmervermieterin das Leben zu fristen, stand die Schmeichelei wenig zu Gesicht: sie wirkte abstoßend und unwiderlich auf meine erregten Nerven. Und obwohl

ich das peinlich empfand, trieb mich doch die Schutzbedürftigkeit des Weibes zum Weibe; und die Gebärde, mit der die Frau über die tenaste Stirn der Verstorbenen strich, hat mir wohlgetan in jener ersten Stunde.

„Hast Jhnen Vincenti geschrieben?“ fragte ich, von dem Verlangen gequält, hier sofort mit offenem Bitter aufzutreten.

„Still!“ — Die Frau sah sich wie warnend nach dem jungen Mädchen um. „Er hat mir nicht geschrieben. Ich weiß nichts. Und will auch nichts wissen.“

Mit einem Knick schnellte Helena Makowicz aus ihrer lässigen, halb liegenden Stellung in dem roten Sejjel empor. Aus ihren großen, grauen Augen zuckte ein Blick, einem feindseligen Geschoß gleich, zu der Mutter hinüber.

„Er hat geschrieben. Ich will es Jhnen sagen. Ich werde Jhnen immer die Wahrheit sagen.“

Che sie auf die raschen Worte zu antworten vermochte, hatte die Mutter eine Blut von volnischen Worten — von Schimpfworten, wie es mir schien, — hervorgelprödelst. Ihre Augen sprühten Feuer.

Helena lächelte verächtlich. Aber ihre Blicke suchten die meinigen und lazten mir schweigend, daß ich eine Freundin gefunden hatte.

Als ich mich in später Stunde auf meinem Bette ausstrecken durfte, lauchte ich noch lange auf das Prasseln des Regens, der klatschend auf das mit Blech beschlagene Fensterbrett herniedergoß. Die Gedanken wollten nicht klar werden in mir. Und während ich die Arme unter meinen schmerzenden Brüsten kreuzte, empfand ich immer nur das eine: Um des Kindes willen. — Alles war still um mich her; im Kabinett nebenan klangen Lydia Makowicz' gleichmäßige Atemzüge; wo Helena schlief, hatte ich nicht erfahren. Und einer plötzlichen Eingebung folgend, stand ich schwerkfällig von meinem Lager auf, tastete an dem Wajachtisch herum, bis ich die gefüllte Wasserkaraffe fand, und schlich mich dann an das Fenster, um dem verdamndenden Philodendron einen frischen Labetrunk zu geben...

(Fortsetzung folgt.)

Vergleich zu ihren Leistungen haben. Der schnellen Verabschiedung und gründlichen Vertagung wegen empfiehlt es sich, das Gesetz nicht der Kommission für den Versicherungsvertrag, sondern einer besonderen 14gliedrigen Kommission zu überweisen.

**Abg. Stadthagen (Soz.):** Der Entwurf tut den Schwindelfassen gar nichts; dafür erobert er aber die anständigen Hilfsfassen. Ich habe in meiner parlamentarischen Praxis noch nicht erlebt, daß so mangelhafte Gesetze so dürrig begründet wurden. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, uns zu sagen, worin der Schwindel besteht, woran man die Schwindelfassen erkennt und wie man sie bekämpft. Die bestehende Gesetzgebung bietet, wie die Regierung bei Beratung des Krankenversicherungsgesetzes zugeben mußte, bereits die genügenden Handhaben zur Bekämpfung der Schwindelfassen, gegen die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Presse seit Jahren energisch ankämpfen. Wenn man in Hannover die Schwindelfassen bekämpfen kann, warum ist es denn nicht in Preußen möglich? Aber die Regierung überläßt den Sozialdemokraten die Arbeit der Schwindelfassen, ja, mehr noch, sie geht gegen die Bekämpfer der Schwindelfassen vor. So ist in Hannover der Mediziner des „Volkswille“ bestraft worden, weil er eine Schwindelfasse als Schwindelfasse bezeichnet hat. In der Spitze einer Berliner Schwindelfasse steht mit einem enormen Gehalt der Direktor Schomburg, selbstverständlich ein energischer Gegner der Sozialdemokratie. (Lurche rüchelt und im Zentrum.) Was wollen Sie denn? Ich habe nur diesen Schwindler als selbstverständlichen Bekämpfer der Sozialdemokratie hingestellt, nicht aber umgekehrt energische Bekämpfer der Sozialdemokratie als selbstverständliche Schwindler bezeichnet. (Heiter. h. d. Soz.) — In der Vorlage werden die objektiven Kennzeichen einer Schwindelfasse nicht angegeben. Es sind aber solche Kennzeichen vorhanden. Zu ihnen gehören einmal die relativ enorm bis zu 90 Prozent der Einnahmen tragenden Summen für persönliche Ausgaben und Gehälter. Unter diesen Gehaltsempfängern sind Geistliche und ehemalige Offiziere. Ein weiteres Kennzeichen der Schwindelfassen ist, daß die Generalversammlungen an Vormittagen stattfinden, wenn die Arbeiter und kleinen Leute keine Zeit zum Besuch der Versammlungen haben, daß die Versammlungen in kleinen Winkelblättern an verborgener Stelle angezeigt werden usw.

Das eine Gute hat die bisherige Debatte gehabt: mit Ausnahme natürlich der Konserwativen hat man allgemein anerkannt, daß eine organische Veränderung der Krankenversicherung unter Beseitigung der Zwergklassen erfolgen muß. Darin, daß man diese von uns seit Jahren erhobenen Forderungen noch immer nicht erfüllt hat, liegt der Grund des Bestehens der Schwindelfassen. Jedem Staatsanwalt wäre es ein Leichtes, gegen die Schwindelfassen vorzugehen. Aber es gehört zum System der Klassenjustiz, daß man die wirklichen Schwindler und Betrüger nicht verfolgt und statt dessen überflüssige Anträge gegen ehrliche Arbeiter stellt. Wenn heute die preussischen Beamten den Schwindel nicht sehen wollen, so wird das auch nicht anders werden, wenn das Aufsichtsrat die vorgelegte Behörde ist. Die Lösung des Rätsels, weshalb man, statt die Krankenversicherung zu verbessern, gegen die Klassen vorgeht, liegt darin, daß die Schwindelfassen ihren Schutzwinkel gefunden haben in dem obersten Beamten des Reichs.

In seiner Rede im Juni vorigen Jahres im Herrenhaus hat der Reichskanzler deutlich gesagt, daß man nicht gegen die Schwindelfassen, sondern gegen die soliden Klassen vorgehen wolle, angeblich, weil diese unter dem Einfluß der Sozialdemokratie ständen. Der Herr Reichskanzler hierief sich auf den Vergewaltiger Engel in Essen. In dem bekannten Prozeß aber ist alles, was dieser Schutzwinkel behauptet hat, als erfindene Lüge entlarvt worden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Was zur Stunde aber hat der Reichskanzler die objektiven unwahren Behauptungen nicht zurückgenommen. Es ist Kommissionsberatung beantragt worden. Am liebsten würde ich der Regierung diese untreue Schülerarbeit zurückgeben. (Lache des Präsidiums.)

**Abg. Stadthagen (fortf.)**: Ein solches eine. Der Entwurf der Regierung nicht als untreue Schülerarbeit bezeichnet.

**Abg. Stadthagen (fortf.)**: Auch dieses Gesetz gehört zu diesen, die gegen die Arbeiter gerichtet sind. Ich bitte, ihm ein christliches Begräbnis zu geben. (Beif. h. d. Soz.)

**Abg. Meier-Jobst (Freil. Vp.)**: Etwa 20 000 Ziegler sind in blühenden Glanzzeiten versichert, über die bisher keine Klage laut geworden ist. Es gäbe ein besseres Mittel, diese Ziegler, deren Klasse einen Reservefonds von etwa 250 000 Mark hat, in die Arme der Sozialdemokratie zu treiben, als diese Vorlage. Auch ich wünsche, daß diese Vorlage nicht Gesetz wird. (Beifall links.)

**Staatssekretär Graf Posadowski**: Herr Stadthagen hat gefragt, warum wir nicht bereits 1876 in das Hilfskassengesetz schärfere Bestimmungen aufgenommen haben. Die Gesetzgeber sind eben nicht immer so weise, um gleich das Richtige zu finden. In

welcher Form die Reform des Krankenversicherungsgesetzes erfolgen wird, wird die Zukunft lehren.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Toleranzantrag des Zentrum, Wahlrechtsantrag für alle Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen der Sozialdemokraten.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 31. Januar 1906.

### Die hannoverschen Nationalliberalen im Dalles.

zu. Vor etwa 14 Tagen erließ der Vorstand der Deutschen Mittelstands-Vereinigung ein vertrauliches Rundschreiben, worin er an den Geldbeutel seiner Mitglieder appellierte mit dem Hinweis, daß bei fernerer Zugehörigkeit das Generalsekretariat die Mittelstandsliste ins Korn werfen würde.

Weglich ergeht es jetzt dem Finanzausschuß des Provinzialkomitees der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover. Damals nahm der Konvent der Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei für unsere Provinz, das „Niederösterrische Wochenblatt“, von der Bankrotterklärung der Mittelständler schmerzliche Notiz, und jetzt stellt sich heraus, daß genannte Geschäftsstelle bereits zwei Tage früher an die über ein gefülltes Portemonnaie verfügenden Parteifreunde eine Darlegung des Finanzausschusses gesandt hatte mit der Bitte, „im Hinblick auf den leider nicht günstigen Stand der Parteifasse (Provinzial-Wahlfonds)“ auch ihrerseits einen Beitrag für dieselbe gütigst beizutragen und gleichzeitig noch andre Parteifreunde namhaft machen zu wollen, die zur Leistung eines Beitrags gewillt wären. Unter Hinweis auf die Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiter wird in dieser Darlegung gesagt, daß, wenn es auch unerschwinglich, daß die Parteifreunde einen festen Jahresbeitrag zahlen, doch wenigstens so viel an Beiträgen zusammenkommen müsse, um die bisherige Geschäftsführung und die Einrichtung einer besonderen Geschäftsstelle aufrechterhalten zu können.

Leider — so wehklagt der Finanzausschuß — hätten gerade in der Provinz Hannover, die bekanntlich reich an schweren Geldsäckeln, „viele“ Parteifreunde weniger Opferwilligkeit gezeigt als anderswo und vor allen Dingen weniger als andre Parteien. Ach, und der Dalles — das ist so groß! Die allgemeinen Wahlen nahen schon wieder heran, aber anstatt über flüssige Geldmittel, verfügt die Partei von „Bildung und Besitz“ über — Schulden, die am 15. September v. J. bereits auf rund 10 000 Mark angelaufen waren. Und das trotz der Finanzspruchnahme des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den Erbschaftswahlen!

Wie jämmerlich es um die nationalliberalen Finanzen bestellt ist, erhellt daraus, daß wegen Fortzugs bzw. Todesfalls der Wahlfonds an Beiträgen jährlich 9918 Mark eingebüßt hat, „für welche bisher nur in geringem Maße Ersatz geschafft worden“. Um dem Dalles zu begegnen, sollen fortan die aufzubringenden Parteibeiträge auf die einzelnen Kreise der Provinz nach Höhe der Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung der bisherigen Beitragleistung verteilt werden; ferner soll, damit nicht einzelne Wahlkreise in besonders schwere Geldnot geraten, im Falle einer Erbschaftswahl künftig nicht nur der von diesem Mißgeschick betroffene Wahlkreis, sondern auch die andern Wahlkreise der Provinz herangezogen werden.

Alle bisher in der nationalliberalen Presse erfolgten Hinweise auf die gefüllten sozialdemokratischen Kassen, bei deren Erwähnung der Nationalliberalen stets das Wasser im Munde zusammenläuft, sind an der nächstern Zugehörigkeit der nationalliberalen Parteifreunde wirkungslos abgeprallt, und dem beweglichen Appell des Finanzausschusses wird es nicht besser ergehen.

Seine W-erzbriefe, deren fortlaufende Nummer sogar nur — Vorel — roter Kint geschrieben, haben nur das Gute, daß sie den Nimbus der nationalliberalen Partei, soweit überhaupt noch davon die Rede sein konnte, gründlich gerösten; denn Mangel an politischer Opferwilligkeit ist gleichbedeutend mit Mangel an politischem Interesse.

Die „Massen“ folgen den Nationalliberalen nur aus Unkenntnis oder Zwang, von Begeisterung, von Opferwilligkeit keine Spur, und bei den Besitzenden reicht, wie Figura zeigt, das politische Interesse in der Regel nur bis an den Geldbeutel. —

### Die österreichische Wahlrechtsbewegung.

Die österreichische Sozialdemokratie läßt in der Agitation für die Wahlreform keine Pause eintreten. Sie macht ihr Bestreben, nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist, zur Wahrheit. Für Sonntag und Montag waren in ganz Oesterreich Versammlungen anberaumt, um vor Wiedereröffnung des Parlaments diesem und der Regierung die Forderungen des Volkes nochmals zu Bewußtsein zu bringen. In Wien waren allein 17, in Niederösterreich noch bedeutend mehr Versammlungen anberaumt.

In der den Versammlungen zur Annahme unterbreiteten Resolution wird die Mahnung an die Regierung gerichtet, die Einbringung der Wahlreform, zu der sie sich bindend verpflichtet hat, nicht länger zu verzögern.

„... Die Arbeitererschaft erwartet, daß ihr das politische Recht, das ihr so lange wider alle Vernunft, wider alle Gerechtigkeit und zum größten Schaden der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aller Völker vorenthalten wurde, nun endlich ehrlich und in vollem Umfang gewährt werde.“

Die Absicht, eine längere Sehaftigkeit zur Bedingung der Wahlberechtigung zu machen, wird als „ein Aktentat auf das Recht der Arbeiter, als ein niederträchtiger Wahlrechtsraub“ erklärt, der mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden würde.

Der Schluß der Resolution lautet: „Die heutige Versammlung erklärt feierlich, daß die Arbeitererschaft unbenutzbar kein Recht auf das Recht unter jeder Bedingung zu Ende zu führen, und daß sie vor keinem Opfer zurückschrecken wird, wenn ihr die verbotene Einsichtslosigkeit der Privilegierten die Notwendigkeit auferlegen würde, die Erfüllung ihres Rechtes durch neue Kämpfe zu erzwingen.“ —

### Wahlrechtsreform in Italien.

Der „Avanti“ veröffentlicht ein Manifest des Agitationskomitees zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, in welchem die Arbeiter aufgefordert werden, sich für den Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen Stimmrechts für die Wahlen zu den gesetzgebenden und Verwaltungsvorbereitungen vorzubereiten. Das Manifest ist von je zwei Genossen des Parteivorstandes, der parlamentarischen Fraktion und der Gewerkschaftsorganisation unterzeichnet.

### Frankreich und Venezuela.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Wie nun nach und nach durchdringt, datiert der Konflikt zwischen Frankreich und Venezuela tatsächlich von einer Einmischung französischer Geldleute in die innerpolitischen Verhältnisse der südamerikanischen Republik. Die „Aurore“ bringt eine Darstellung des Sachverhalts, die zwar offensichtlich etwas

## Zu Mozarts 150. Geburtstag.

(Auszug aus dem nach vorläufiger Vereinbarung geschickten)

II.

Mozart als Mensch war die Liebendwürdigkeit. Güte und Heiterkeit selbst, und das trotz seiner immerwährenden körperlichen Leiden und mühseligen Sorgen!

So erzählt uns Hermann Ritter von ihm: „Mozart, der eine sehr sensitive Natur besaß, war offenen Wissens und besaß einen herrlichen, wahrhaftigen Charakter; klug, ohne berechnend und schlau zu sein, war ihm ein mittelmäßiges und freies großes Gemüt eigen. Unter guten Freunden war Mozart voll manneslicher Laune, vertraulich wie ein Kind. Er hatte aus der Hand der Natur eine reiche Gabe von Witz empfangen, der sich in den dröcklichsten Umständen ergoß. Und wie reich tritt dieser unerhöpliche Quell in seiner Kunst zutage! Wie riß er die Herzen der Zuhörer mit sich fort, wenn er sich an das Fortepiano setzte und sich einer seiner Phantasien überließ, ein Thema, bald majestätisch, bald possierlich, bald sentimental, bald tänzlerisch vorzuführen und so mit den lauschenden Bewunderern machte, was er wollte.“

Ich möchte jetzt das musikalische Wesen Mozarts im Verhältnis zu seiner Zeit kurz besprechen, ehe ich die letzte Frage unterfinde, die uns besonders interessiert: Was ist Mozart unserer Zeit, was bedeutet er dem wertvollen Volk?

Es ist mit Mozart von den zahlreichen Biographen und Forschern Mozarts gesagt worden, daß Mozart nur möglich war durch und über seine Vorläufer Palestrina, Sändel, Bach und Gluck. Er ist das Resultat, die Summe, die Frucht dieser vier Entwicklungen.

In der Vor-Mozartischen Zeit gab es nur nationale Komponisten. Italien, die Niederlande, Deutschland, Frankreich repräsentierten jedes für sich eine Tonkunst, von der oft eine die andre bekämpfte. In Mozart zum erstenmal sehen wir einen Schöpfer, der alle Formen der Tonkunst vom strengsten bis zum unbeschränkten Geist, der alle nationalen Sonderheiten in sich vereinigt und zu einer höheren rein menschlichen Kunst von internationaler Wirkung und Verbindlichkeit überführt.

Mozart war somit der erste wahrhaft europäische Tonkünstler.

Er begründete die Weltrepublik der Musik, deren Präsident später Ludwig Beethoven wurde. Wie Shakespeare, wie Goethe beherrschte Mozart alle Sphären menschlichen Empfindens, er durchwanderte in seinen Lchern alle Höhen und Tiefen des Lebens und gab die Eindrücke als „gezügeltertes Leben“ in der musikalisch-dramatischen Kunst wieder. Er besang die Schönheit, die Freude, die Gerechtigkeit und die Gerechtigkeit in den jubelnden Tönen. Am innigsten verweilte er bei der Liebe, die ihm bald beiße Sinnenbrunnen war wie bei dem Mohr und der Königin der Nacht, bald ideale Eingebung wie bei Tamina und Lamino, bald verklärte Menschenliebe wie bei Sarastro. Aber er fand auch den angemessenen Ausdruck für die Schauer des Entzuges, das Grauen des Verhängnisses und den irdischen Trost eines Hebermenschen und Gottesknechters im Don Giovanni, dessen kirchliche Organe und Tod zu dem Größten gehören, was die Musik je produziert hat.

Selbst ungeheure Entwicklung der Tonkunst ist nicht durch die drei Namen Haydn, Mozart, Beethoven gekennzeichnet! Haydn trug noch eine Perle mit Sanderlun und ihrem Drahtzopf. Mozart hatte den lebenswichtigen Fundament der Musik und ein Bestreben frei mit freilatternden Tönen über der Titanenhirn den Elementen der Natur entgegen. Neufertigkeiten nur! Gewiß! Aber doch, wie bezeichnend für die Zeit und ihre Künstler.

Papa Haydn war seit seines Lebens beständiger Musikdirektor im Dienste österreichischer Erben und Fürsten. Der „maestri compositori“ dieser adeligen Dilettanten und blaublauen Musikliebhaber aber galt nicht viel mehr als der Kammerdiener. Haydn war nun freilich ein groß und zu sehr Charakter, um eine höfliche Musik zu schreiben. Er schrieb dafür eine streng deutsche Musik, deren Hauptvorzug nicht die Phantasie, sondern die Deutlichkeit war. Deutlich soll ja, wie Richard Wagner sagt, von deutlich kommen.

Das Joseph Haydn die absterbende österreichischen Heubalgelehrter um sich, so hand hinter Mozart der Feueratem der französischen Revolution, um ihn wachte die reiche Luft der Aufklärung und das junge Selbstbewußtsein des aufstrebenden Bürgertums. Mozarts Musik aber begann die neuen Formen und gahnen Schmückel der Haydnischen Musik abzuwerfen. Sie begann allgemein menschlich zu reden. Glavigo, Die Räuber, Kabale und Liebe waren nicht zufällig Nachbarn der Mozartischen Sinfonien.

In der „Zauberflöte“, jener Oper, die unter oft lächerlichen und indischen Textworten eine tiefe Idee ausdrückt, verkündete Mozart seine starke Sehnsucht nach reinem Menschentum, nach wirklicher Bruderliebe, nach der jütischen Harmonie einer besseren und gerechteren Welt. Zum erstenmal stellte sich die deutsche Opernmusik in den Dienst einer jütischen und sozialen Idee. Die Musik wurde durch Mozart im Don Giovanni und in der Zauberflöte zum Sprachrohr der Aufklärung.

Indeszeit feiert die kirchliche Religiosität des strenggläubigen katholischen Mozart in seinem so unjagbar reinen und feierlichen Requiem ihre Auferstehung.

War Haydn noch ganz der Vertreter des deutschen Formalismus, eine enge Musikernatur, halb Schulmeister, halb Schwärmer, so erweiterte Mozart die von Haydn übernommene Hofmusik-Sinfonie durch Einführung fantastischer zweiter Themen in den Sätzen, er vertiefte die Form zum Ausdruck. Bei Haydn reichte, vorwärtsjagende Akkorduren, positive Stimmungen eines unbedrückten simplen Gemüts, bei Mozart beginnt schon hier und da das übervolle Herz zu zittern, das seine Gefühle in tangianen Gesangsmelodien ausdrücken läßt; hier regt sich schon die im höheren Sinne sentimentale Stimmung des Zeelenlebens, mit einem Wort, hier ist der Anfang der Musik als Seelenprache.

So bereitet Mozart den Boden für Beethoven, wie einst Johannes für Christus. Ludwig van Beethoven, der das republikanische Weltbürgertum in der Musik vertreibt, dessen trohige Akkorde und eberne Harmonien, dessen himmelstrebende Melodien vor allem nach Wahrheit und Freiheit schreien.

So bedeuten die drei Meister der klassischen Periode nicht nur die Gipfelpunkte einer zeitlich sehr reich aufeinanderfolgenden rein musikalischen, technischen und stilistischen Entwicklung, sondern auch das Aufsteigen der Tonkunst zu einem universalen Kultur Ausdruck, den Weg von der kirchlichen tonmalenden Hofmusik zur „lebenden Weltidee“. Den Weg aus geistlichen Vorzimmern in die freie Natur und in die Seele des Menschen. —

zugunsten Frankreichs geführt ist, aber immerhin einen Ueberblick über den Ursprung der Differenzen ermöglicht.

Danach hätte das französische Kapitalkonfortium, das im Besitz eines Patentsmonopols ist, den aufständischen General Mathos über die Bewegungen der Regierungstruppen auf dem laufenden erhalten. Die venezolanische Regierung erhob gegen die Handels-gesellschaft Klage; die letztere wurde auch verurteilt und ihr das Monopol entzogen. DeLassie, der damals noch Minister des Aeußern war, machte die Sache der französischen Kapitalisten zu seiner, d. h. Frankreichs, und verlangte die Annulierung des Urteils, dem sich jedoch die venezolanische Regierung widersetzte. Das ist der Ursprung des Konflikts, der schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hat.

Mit welcher Unberücksichtigung unsere Kapitalisten sich fremden, schwachen Staaten gegenüber benehmen, zeigt noch folgender Vorfall, den die „Aurore“ in Erinnerung bringt. Anlässlich der Verschleppung von Caracas erlitten die französischen Firmen Verluste, für die sie Entschädigung forderten, und zwar die Kleinigkeit von 42 Millionen Frank. Die Regierung bestritt die Verletzung der Summe, es kam zu einem „Konflikt“ zwischen Frankreich und Venezuela — denn unsere Regierungen haben die Gewohnheit, die Ansprüche des Kapitals als „nationale Interessen“ zu betrachten —, und schließlich kam ein Schiedsgericht zustande. Der Schiedsrichter schätzte die Verluste auf — 3 1/2 Millionen ein.

Und für die Geldschränke dieser unersättlichen Forderungen sollen sich die Völker gegenseitig die Schädel einschlagen.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Kohlen-Akkordarbeiter in Hamburg haben die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen, um die drei Dampfer fertig zu machen, die vor dem Ausbruch des Streiks in Arbeit genommen worden waren. Definitiver Vergleichsverhandlungen sollen Mittwoch abend stattfinden.

Der Streik in der Badischen Anilinfabrik ist beigelegt. Am Montag fand eine 4stündige Sitzung vor dem Gewerbegericht statt, in der eine zehnprozentige Lohnerschöpfung bewilligt wurde. Das Gut-machgeld wird in festen Lohn umgewandelt. Ueberstunden werden mit 25%, Sonntagsarbeit mit 25 bzw. 50%, die Hauptfeiertage mit 100% Lohnzuschlag vergütet. Sämtliche Auskündigte werden wieder eingestellt, ihre Lohnverhältnisse werden später geregelt. In einer großen öffentlichen Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Ehrhart referierte, wurden unter allgemeinem Beifall die Bedingungen bekannt gegeben.

Konfektionschneiderstreik. In den Landorten in Rheinheffen und im Taunus gibt es zahlreiche Konfektionsarbeiter, welche für die Firmen in südwestdeutschen Zentren der Konfektion beschäftigt sind. Diese Arbeiter haben sich in letzter Zeit in großer Zahl dem Schneiderverband angeschlossen und Forderungen an die Unternehmer gestellt. In der Hauptsache wird ein wöchentlicher Mindestverdienst von 25 Mark verlangt sowie Bezahlung besonderer Arbeiten. Die Unternehmer haben die Forderungen abgelehnt und einen Unternehmerverband gegründet. Bei drei Firmen in Mainz ist es schon zum Streik gekommen. Es sind die Firmen: Schuer u. Blaut, Mary, M. J. Mayer u. Drehsch. Die erstgenannte Firma hat ihren Zuschneidern gekündigt, weil diese der Organisation angehören. Die Gehkündigten haben darauf sofort die Arbeit eingestellt. Die Zuschneider der andern Geschäfte haben Forderungen gestellt, und wenn dieselben nicht bewilligt werden, wollen sie die Arbeit niederlegen. — Auch in Worms hat eine Schneiderversammlung die Arbeitsniederlegung beschlossen.

Aufruf an alle im Handelsgewerbe beschäftigten Hausdiener, Markthelfer, Ausläufer, Bäder und Lagerarbeiter usw.

Kollegen! Durch die seitens des Beirats für Arbeiter-tätigkeit veranlasseten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe ist und zwar nachgewiesen, daß die gesetzliche Regelung unserer Arbeitsverhältnisse, insbesondere soweit die Dauer der Arbeitszeit in Betracht kommt, dringend notwendig ist. Nach den amtlichen und den Ermittlungen der Gewerkschaft ist festgestellt, daß in vielen Handelsgeschäften für die Kollegen noch eine 14- bis

16stündige Arbeitszeit allgemein üblich ist. Desgleichen ist von einer Sonntagsruhe gänzlich keine Rede. Der größte Teil der Kollegen muß noch an Sonn- und Feiertagen zur Arbeit erscheinen, und in der Saisonzeit, die den größten Teil des Jahres über andauert, findet die Tätigkeit am Sonntag kein Ende. Eine Bezahlung der Ueberarbeit kennt man aber im Handelsgewerbe nicht. Die Entlohnung der Kollegen ist vielmehr eine so miserable, daß sie den Lohn, auf die Arbeitsstunde berechnet, für eine solche 16 bis 20 Pf. bezahlt erhalten. Das sind Zustände, wie sie wohl in keinem andern Beruf existieren, ihnen ist in Verbindung mit der bei Ausübung der Berufstätigkeit nötigen Kraftaufwendung bei dauernd schwerer Arbeit, die unverhältnismäßig frühe Invaldität der Handelsarbeiter resp. deren günstige Disposition für tuberkulöse und nervöse Erkrankungen zu danken. Die hohe Unfallziffer im Beruf ist auf die gleichen Verhältnisse zurückzuführen. Infolge der bewegten Zustände können sich die Handelsarbeiter einem geordneten Familienleben nicht widmen und ebensowenig die Erziehung ihrer Kinder überwachen.

Alles das verlangt gebieterisch Abhilfe auf gesetzlichem Wege, umso mehr als durch eine freie Vereinbarung der Unternehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit, wie die Erfahrung lehrt, durchaus nichts zu erhoffen ist.

Alle diese Umstände zwingen uns, den gesetzgebenden Körperschaften in aller Öffentlichkeit einmütig und überzeugend darzutun, daß eine Beschränkung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe an Wochen- und Sonntagen eine dringende Notwendigkeit ist. Zu diesem Zwecke berufen die Unterzeichneten zu Ostern, 16. und 17. April 1906, einen

#### allgemeinen Kongreß

aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter nach Berlin in das Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung ein:

1. Die Arbeitsverhältnisse der Handels- und Hilfsarbeiter und deren Forderungen.
2. Entsprechen die gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe den berechtigten Wünschen der Handels- und Hilfsarbeiter?
3. Der Achtuhr-Lohn- und Geschäftsschluß.
4. Der Geschäfts-Restschluß.
5. Die Unfallversicherung der Handels- und Hilfsarbeiter.

Wir fordern nunmehr die Handels- und Hilfsarbeiter allerorts auf, zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen und sich auf demselben durch Delegierte vertreten zu lassen.

Zur Teilnahme am Kongreß sind berechtigt diejenigen Vertreter, welche sich durch ein von ihrer Vereinigung oder in öffentlicher Hilfsarbeiterversammlung ausgefertigtes Mandat legitimieren. Mandatsformulare sind von dem Unterzeichneten zu beziehen.

Die gewählten Delegierten werden ersucht, sich bis spätestens 25. März 1906 bei den Unterzeichneten unter genauer Adressen-angabe zu melden, um die rechtzeitige Anstellung der Präsenzliste zu ermöglichen.

#### Die Einberufer.

Ostwald Schumann Friedrich Himpel Engel-Alfer 21, 1 Tr.

### Vermischte Nachrichten.

\* Wie teuer war ein Gegenprozeß? Einen lehrreichen Einblick in die Begleitumstände eines der frühesten Kapitel der deutschen Kulturgeschichte, nämlich des der Gegenprozesse, gewährt der Bericht über einen auch in anderer Hinsicht bedeutungsvollen Gegenprozeß, den Wilhelm Voemelmanns unlängst in der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins veröffentlicht hat. Es handelt sich dabei um den Prozeß, dem im September 1613 die Witwe Ursula Wittenbach, sowie die Barbara Guntmännin in ihrer Vaterstadt Ensisheim im Elsaß zum Opfer gefallen sind. Neue Veröffentlichung gibt einen Einblick in die Kosten, die ein solcher Gegenprozeß damals, nicht etwa dem Gericht oder der Stadt, sondern dem Vermögen der betreffenden Unglücklichen oder ihrer Angehörigen verursachte. Man kennt nämlich das Schriftstück, worin der Ghemann der einen „Unholdin“, Gerichtsekretär Theobald Hinderer gegen die ihm auferlegte Kostenrechnung für das gegen die beiden Frauen durchgeführte Verfahren eine noch bei den Akten befindliche Beschwerde zum Stadtmagistrat Ensisheim erhoben hat. Nach diesem Aktenstück hatten die Kosten des Prozesses für die Witwe Wittenbachs 519,76 Mark und für die Ehefrau Hinderers 609,64 Mark betragen. Summen, die in Anbetracht des damals gegenüber dem heutigen etwa siebenmal höheren Geldwertes außerordentlich hoch waren, und es bezeichnend erscheinen lassen, daß Hinderer das Verüben hatte, die Kosten herabgesetzt zu bekommen. Er beschwerte sich unter andern darüber, daß ihm während der Haft seiner Frau für 16 Tage Wein aufgeschrieben worden sei, den doch seine Frau gar nicht getrunken habe, sondern die Wächter, denen er teilweise den Tageslohn bezahlen mußte. Ferner habe die Aufwartefrau bei der Forderung nichts zu tun gehabt, deshalb seien die 3 Gulden 30 Baken gleich 10,15 Mark für sie zu streichen. Ferner bittet er „um Gottes willen“ um Ermäßigung dreier nicht näher bezeichneter Posten in der aufwendend sehr großen Besche, die auf seine Kosten die Stadtschreiber von Baum und Neuenburg am Rhein, die bei der Verhandlung amtlich zugegen waren, im Engel zu Ensisheim gemacht hatten. Ferner will Hinderer zwar den Schöffen ihre

kleben Wagen täglich gönnen, aber die berechneten Nachträge, ebenso die Rechnung des Stubenwärters, hält er für ungerechtfertigt. Mit bitterem Humor meint er, ein Wiedermann könne sich wohl mit zwei Zinbüssen behelfen und brauche keinen Unter- oder Schlaf-trunk. Ebenso will er die Rechnung des Uboofaten Dr. Häring, auf dessen Gutachten seine Frau verbannt wurde, nicht gelten lassen, da dieser ja ohnedies als Stadtadvokat angestellt sei. Ueberdem bemängelt Hinderer noch andere Bechosten, die sich anscheinend auf die Schatzrichter beziehen, und bittet schließlich, es möge geschehen, „was Gott gefällig und recht“ sei. Die Stadtschreiber legte diese Beschwerde der Regierung mit dem Antrag vor, sie möge ihr keine Folge geben. Es sei eine Schmach, mit einer solchen Beschwerde zu kommen. Glaube Hinderer denn, die Herren hätten nicht weit lieber einen Taler gezahlt als wegen seiner „Unholdin“ zu Gericht gesehen? Die Nachträge seien wohl gerechtfertigt, denn wenn ein Richter von morgens früh bis abends jedes ununterbrochen gesehen habe, so könne man ihm das Essen und Trinken nicht teilweise zurechnen. Immerhin können vielleicht die Witzrechnungen daraufhin geprüft werden, ob sie nicht zu hoch seien. Welchen Bescheid Hinderer auf seine Beschwerde erhalten hat, ist nicht bekannt.

### Marktberichte.

Magdeburg, 30. Januar. (Wirtschaftliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer gut 169—172, mittel 160—168, gering 152—158, do. Sommer gut 170—175, mittel 162 bis 170, do. Kolben Sommer gut 175—180, do. Haub gut 164 bis 169, do. ausländischer gut 188—192. — Roggen ruhig, inländischer gut 168—170, mittel 157—164, ausländischer gut 172—175. — Weizen stetig, hiesige Chevalier gut 170—182, mittel 180—169, Land gut 158—168, ausländ. Futtergerste gut 132—140. — Hafer stetig, inländischer gut 166—172, mittel 155—163, ausländ. gut 156—170. — Mais unverändert, vunder gut 133—135, amerikan. bunter gut 127—129. — Erbsen unverändert, hiesige Viktoria, gut 190—205, mittel 170—185, do. grüne Folger, gut 210—220 mittel 190—200. —

### Viehmarkt.

Magdeburg, 30. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 202 Rinder, 289 Kälber, 154 Schafvieh zc., 1102 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 38—40 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 35—37 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 31—34 Mark, d) gering genährte jeden Alters 28—30 Mark. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 36—39, b) vollfleischige jüngere 33—35, c) mäßig genährte jüngere und ältere 30—32 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 27—29 Mark. Ferkeln und Ferkel: a) vollfleischige, ausgemästete Ferkeln höchsten Schlachtwertes — Mark, b) vollfleischige Ferkel bis zu 7 Jahren 30—33 Mark, c) ältere ausgemästete Ferkel und wenig gut entwickelte jüngere Ferkel und Ferkeln 28—29 Mark, d) mäßig genährte Ferkel und Ferkeln 24—27 Mark, e) gering genährte Ferkel und Ferkeln 20—23 Mark. Kälber: a) feinste Rast 40—54 Mark, b) mittlere 40—48 Mark, c) geringe Saugkälber 32—38 Mark, d) ältere, gering genährte (Fresser) — Mark. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 35—38 Mark, b) ältere Mastlamm 32—34 Mark, c) mäßig genährte 26—30 Mark. Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 78 Mark, b) fleischige 73—75 Mark, c) gering entwickelte 67—71 Mark, d) Sauen 66—71 Mark. Verkauf und Tendenz langsam. Ueberstand: 30 Rinder, 25 Kälber, 14 Schafe, — Schweine. —

### Wasserstände.

	Hier, Eger und Moldau.	Saß	Buch
Jungbunzlau	28. Jan. — 0.06	29. Jan. + 0.08	— 0.14
Lann	— + 0.26	— + 0.33	— 0.07
Budweis	— — 0.02	— + 0.04	— 0.06
Prag	— — 0.05	— + 0.15	— 0.20
Mittelt und Saale.			
Straßfurt	29. Jan. + 1.65	30. Jan. + 1.50	0.15 —
Weißfels Untp.	— + 1.16	— + 1.12	— 0.04
Trotha	— + 2.66	— + 2.72	— 0.06
Altleben	— + 2.40	— + 2.46	— 0.06
Bernburg	— + 1.92	— + 2.00	— 0.08
Salze Oberpegel	— + 1.86	— + 1.88	— 0.02
Salze Unterpegel	— + 1.78	— + 1.88	— 0.10
Elbe.			
Barby	28. Jan. — 0.03	29. Jan. — 0.12	0.09 —
Brandeb.	— — 0.10	— + 0.03	— 0.13
Melitz	— — 0.37	— — 0.18	— 0.19
Leitmeritz	— — 0.29	— — 0.05	— 0.24
Luffig	29. — + 0.17	30. — + 1.23	— 0.06
Dresden	— — 1.32	— — 1.13	— 0.19
Torgau	— + 0.68	— + 0.77	— 0.09
Wittenberg	— + 1.75	— + 1.75	— —
Hoflau	— + 1.26	— + 1.25	0.01 —
Saß	— + 1.86	— + 1.90	— 0.04
Schneebed.	— + 1.68	— + 1.72	— 0.04
Magdeburg	30. — + 1.57	31. — + 1.62	— 0.02
Zungenkünde	29. — + 2.55	30. — + 2.52	0.03 —
Wittenberge	— + 2.60	— + 2.51	0.09 —
Budna-Dauß	— + 2.35	— + 2.27	0.08 —
Bauenburg	— + 2.42	— + 2.42	— —

# Brand-Neuverkauf!

Die durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren werden für jeden annehmbaren Preis verkauft, da das Lager auf jeden Fall geräumt werden muß.

Heinemann & Paternmann Magdeburg  
Breitweg 129, Ecke Bandstr.  
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe.

# Siegfried Cohn

Weberei-Waren

58 Breiteweg 58

## Zur Einsegnung

**Schwarze Kleiderstoffe**

Glatte Cheviot- u. Kammgarnstoffe

Meter 83 Pf. 1.00 bis 3.00 Mk.

Ganz- u. halbwollene Mohärstoffe

Meter 65 90 Pf. 1.00 bis 3.00 Mk.

## Zur Prüfung

**Einfarbige ganzwollene Cheviots**

Meter 83 Pf. 1.00 1.25 bis 2.00 Mk.

**Einfarb. Mohär- u. Kammgarnstoffe**

Krepp, Satin, Phantasiebindungen

Meter 0.90 1.05 1.25 1.40 1.60 bis 3.00 Mk.

Grosse Auswahl in allen neuen Farbentönen der Saison

Fortlaufend Eingang von Neuheiten

**Littauer Schnellnäher**

Machen in der Minute angehend 2000 Stich, nähren vor- u. rückwärts, und sind die vollkommensten und leistungsfähigsten Nähmaschinen der Gegenwart.

Außerdem empfehle ich vor- u. rückwärtsnähende Schwing- schiff-, Zentral- Bobbin-, Ring- schiff-, Schuhmacher- Maschinen (deutsche Langschiff 50 N. u. Wachs- maschinen). — Ohne Anzahlung möglich! 1 Jahr Abzahlung. Bei Barzahlung hoher Rabatt. Nadeln, Öl, Ersatzteile billig. Gründlicher Unterricht gratis. Reparaturen werden gut und billig ausgeführt. — 5jähr. Garantie.

**Nähmaschinen-Spezialgeschäft**

**Louis Littauer**

Breiteweg 272. 1448

**Rüchenzettel** der Magdeburger Postkutsche Nr. Marktstr. 21.

Donnerstag: Reife Bohnen mit Schweinefleisch.

Suchen einactroffen!

**„Neue Zeit“ (Heft Nr. 18)**

à 25 Pfennig

**Sozialistische Monatshefte**

(Februar) à 50 Pfennig

**Buchhandlung Volksstimme, Jakobstraße 49**

**Standesamt.**

Magdeburg-Stiftstadt, 30. Jan. Aufgebote: Glaschleifer Gust Diebel mit Helene Ruch in Berlin. Wieselwibel Friedrich Siebert hier mit Charlotte Schortmann in Halle. Dreher Karl Wieje hier mit Minna John in Göttingen. Arbeiter Michael Kiermarck in Neuhaldensleben mit Ida Hette in Gr.-Ammensleben. Oberkaut. Ludwig August Marx Deubes hier mit Alexa Lina Antia Elise Thella Friederike Josephine Fabrikarb. Romanus August Knabe mit Agnes Marie Ede in Göttingen. Profurist Alfred Wallte in Fröbeln mit Helmina Reumann hier. Eisen-Werkstättenschlosser Hugo Dietrich mit Emma Schmidt. Kaufm. Expedient Otto Gawaletz mit Rosa Zimmermann. Schriftf. Paul Müller in Hamburg mit Rosa Hejede hier. Lagerist Gustav Drecher in Magdeburg mit Emma Bunde hier. Verkäufer Alfred Schmidt mit Luise Gröters. Lehrer Heinrich Wieje mit Balli Knackstedt.

Ehechließungen: Schloß

**Eubenburg, 30. Januar.**

Aufgebote: Monteur Wilh. Friedrich Siefert hier mit Hermine Lerge in Lammendorf. Mobellsticker Ernst Otto Max Lampe mit Helene Gertrud Benzel.

Ehechließungen: Königl. Steuerassessor Hermann Horne mit Helene Hinge. Arb. Richard Hensche mit Luise Kötter.

Geburten: Klara, T. des tgl. Steuerass. Hans Pamperin. Frida, T. des Arbeiters Wilhelm Hepler. Werner, S. des Kolonialwarenhändlers Hermann Bartels. Erna Käthe, unehel. Paul, S. des Buchh.-Bot. Paul Länger. Margarete, T. des Schuhmachers Ernst Kropp.

Todesfälle: Berta geb. Weiterling, Ehefr. des Musikers Friedrich Weje, 52 J. 10 M. 14 T. Ilse, T. des Ingen. Frig. Hohuber, 7 J. 9 M. 15 T. Barbier Gustav Sendficht, 56 J. 4 M. 8 T. Schneidem. Gotthelf Debert, 73 J. 7 M. 19 T. Privatier Theresie Richter, 90 J. 2 M. 10 T.

**Buckau, 30. Januar.**

Geburten: Wilhelm, S. des Horners Heinrich Fige. Gustav, S. des Arb. Gustav Kahl. Elise, T. des Schmieds August Zimmer.

**Reinhardt, 30. Januar.**

Aufgebote: Schlosser Bernh. Ray Löjer mit Anna Berta Karoline Heller. Graveur Otto Strieder hier mit Ida Amalie Marie Friedrich in Stendal. Stelmacher Karl Brandt mit Anna Berta Joh. Koll.

Geburten: Karl, S. des Steinmeh Karl Schroeder. Erich, S. des Arb. Gustav Gottschling. Hermann, S. des Arb. Wilh. Peist. Margarete, T. des Maurers Jul. Lübede. Hermann, S. des Arb. Herm. Wegener. Todesfälle: Martha, T. des Arb. Herm. Willberg, 10 J. 5 M. 16 T. Arbeiterinvalide Simon Hohenstein, 66 J. 5 M. 3 T. Schräder, S. des Arb. Rob. Schulze, 15 T.

**Cracau.**

Geburten: Lucie Margarete Dorothee Ella, T. des Gelbgiebers Heinrich Hermann Uelmann. Marie und Hermann, Zwillingstinder des Tischlers Heinrich Hermann Wilhelm Krumbholz. Elisabeth, T. des Landwirts Julius Richard Koch in Pechau. S. unehel. Friedrich Wilhelm Otto Arbeiter Joachim Gottlieb Heinrich Lampe. Lucie Martha, T. des Arbeiters Wilhelm Schwenzjeier in Pechau.

Todesfälle: Hermann und Marie Krumbholz, 5 und 6 St. Sophie Alsenbrenner geb. Kede, 70 J. 3 M. 18 T. Martha Elisabeth Kofin, 4 M. 9 T. Fiegele- arbeiter Heinrich Wilhelm Grimm in Pechau, 48 J. 4 M. 5 T. Christiane Elisabeth Klar geb. Thiele, 73 J. 10 M. 9 T.

**Mischerleben.**

Ehechließungen: Reisender Wilhelm Bösel mit Hulda Buch. Kaufmann Otto Brennecks in Heter- berg mit Friederike Ernst hier.

Geburten: S. des Arbeiters

In dem soeben beginnenden 10. Jahrgang der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden Zeitschrift **„In Freien Stunden“** gelangt zum Abdruck:

**Der verlorene Sohn** Roman von Hall Caine — illustriert von J. Damberger, München.

Dieser Roman des schnell berühmten gewordenen Verfassers hat bei seinem ersten Erscheinen die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Es ist ein Familienroman im besten Sinne des Wortes, nicht nur Unterhaltung nach des Tages schwerer Arbeit bietend, sondern auch belehrend, ohne doch aufdringlich zu sein.

**Der Flüchtling** Von Robert Hartmann

Eine Novelle aus der Zeit der Revolutionenkämpfe des Jahres 1848.

Der Held ist ein junger, von den Schergen der Reaktion gehehrt, der durch ein unglückliches Mädchen vor seinen Verfolgern gerettet wird.

Außerdem enthält jedes Heft eine kleine Skizze oder eine kurze Novelle, kleine unterhaltende oder belehrende Notizen und „Witz und Scherz“.

Die Parteigenossen sollten den Beginn des neuen Jahrgangs bewahren, um diese in weiten Kreisen bereits gekannten und beliebten Wochenhefte in ihrer Familie einzuführen.

**Den Arbeitern, ihren Frauen, den heranwachsenden Kindern** bieten sie gediegenen Unterhaltungsstoff.

In jeder Woche erscheint ein illustriertes, 24 Seiten starkes Heft für 10 Pfennig.

Jeder sollte sich ein Probeheft kommen lassen!

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobstrasse 49.**

wies der Mann sich als ein 22 Jahre alter Student der Schiffsbaukunst Robert S. aus. Seinen Angaben nach stammt er aus Valparaiso und studiert im neunten Semester an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Eine Hausführung, die in seiner Charlottenburger Wohnung sofort vorgenommen wurde, förderte noch 81 Böpfe und eine Menge Loden zutage. S. gab zu, daß er sie alle heimlich den Trägerinnen abgeschneitten habe. Die Böpfe, die er von Zeit zu Zeit auf- und wieder zuslocht, bewahrte er in seinem Schreibtisch auf. Um jeden hatte er ein Bündchen gebunden, das Tag und Datum des Abschneidens trug. Ueber den Beweggrund zu dem seltsamen Treiben befragt, gab er an, daß er schon als Tertiarer seiner Schwester den Kopf abgeschneitten habe.

#### Die Kirche hat einen guten Magen.

Um die Hinterlassenschaft des Pfarrers Thöbes in Gelbenbergen in Hessen, der vor einiger Zeit durch den inzwischen hingerichteten Schlächter Hübde ermordebt worden ist, hat sich ein Geschäftsstreit entsponnen. Thöbes hat in seinem Testament die katholischen Kirchengemeinden von Friedberg und Bad Nauheim zu Erben seines nicht unbedeutenden Nachlasses eingesetzt, dabei aber seine beiden noch lebenden Geschwister völlig unberücksichtigt gelassen. Seine Schwester bezieht als ehemalige Lehrerin eine ganz geringe Pension, ein Bruder lebt in Amerika, er ist aber erwerbsunfähig. Beide sind alt und krank und leben in dürftigen Verhältnissen. Im Testament bezieht sich der Erblasser, dem es übrigens nur durch die Opfer seiner Familie ermöglicht war, Theologie zu studieren, auf die angeblich gute Vermögenslage, in der sich seine Geschwister befänden; diese haben nunmehr eine Klage angestrengt, in der sie jene Begründung ihrer Nichtberücksichtigung, als auf irtigen Voraussetzungen beruhend, anfochten. Die Kirchenbehörden haben sich nur zu einem Leinen Entgegenkommen bereit gezeigt. Die heftige Regierung wird ihnen aber wohl einen Strich durch die Rechnung machen und den Geschwistern des Pfarrers einen größeren Anteil an der Erbschaft zusprechen.

### Vereine und Versammlungen.

#### Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter.

Am 28. Januar tagte im „Weißen Hirsch“ die Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, Verwaltung Magdeburg. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete Frenzel den im Laufe des vierten Quartals verstorbenen Kollegen einen Nachruf. Das Andenken der Verstorbenen zu ehren, erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Dann gab Frenzel den Geschäfts- und Kassenbericht vom vierten Quartal 1905. Danach ist die Mitgliederzahl von 1620 auf 1705 gestiegen. Wochenbeiträge wurden 24 247 geleistet. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 7054,40 Mk., die Ausgabe 3581,50 Mk. Davon entfallen allein auf Erwerbslosenunterstützung 1295,65 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3904,82 Mk. und eine Ausgabe von 2116,20 Mk., so daß der Lokalkassenbestand 1788,54 Mk. beträgt. In Versammlungen fanden eine General-, 18 Bezirks- und 19 Betriebsversammlungen statt. Nachdem noch die Entwicklung der Organisation im Jahre 1905 und die stattgefundenen Lohnbewegungen eingehend gewürdigt waren, schloß Frenzel seinen mit reichem Beifall aufgenommenen Bericht. Den Bericht der Revisoren gab O. Dähms. Dann wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden O. Hoest als 1. Vorsitzender, Holzmacher als Schriftführer, Dähms, Rohne und Faust als Revisoren gewählt. Als Kartelldelegierte wurden Häußler, Weiß, Gries, Frtze, Ginge und Schüller gewählt. Im „Verschiedenen“ wurde von mehreren Rednern der Wunsch geäußert, die Karenzzeit bei der Sterbeunterstützung zu verlängern. Ein dementsprechender Antrag soll in nächster Zeit den einzelnen Bezirken zugestellt und auf die Tages-

ordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt werden. Nachdem noch die Versammelten zur regen Agitation für die Organisation und die „Volksstimme“ aufgefordert worden waren, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

#### Maurer.

Der Zweigverein Magdeburg des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Dienstagabend eine Generalversammlung im „Wissenpark“ ab, die von circa 120 Mitgliedern besucht war. Unter Erheben von den Sägen gedenken die Versammelten der im abgelaufenen Jahre verstorbenen 17 Mitglieder, denen der Vorsitzende einen Nachruf widmet. — Schleue erstattete hierauf den Vorstandsbericht für das Jahr 1905, dabei eine kurze Uebersicht über die Prethjahrsohnbewegungen gebend. In Zukunft blühten nach einem Beschluß des Verbandstages nur Tarife mit höchstens dreijähriger Dauer abgeschlossen werden; während dieser Tarifdauer müssen dann aber wenigstens zwei Lohnerhöhungen erfolgen. Mehrer verliest das Resultat der statistischen Erhebungen innerhalb des Zweigvereinsgebietes. Bauenstatistiken wurden drei angenommen, am 15. Mai, 6. August und 12. Dezember. Die letzte Statistik ergab folgendes Resultat: Auf 94 Bauten, 9 Ausbauten, 21 Scharwerkbauten und 3 Ranken waren bei 90 Unternehmern 86 Polier, 980 Gesellen, 104 Lehrlinge beschäftigt. Bei der Statistik wurden 430 Kollegen ausgespart, inkl. 60 Arbeitsloser waren es 490 Kollegen, die dafür insgesamt 4278 Mk. Unterstützung für 1431 Ausprägungs- resp. Arbeitslosentage erhielten. Bauplätze fanden drei statt, die nach wenigen Tagen aufgehoben werden konnten. Wir hatten im vorigen Jahre keine Beschwerden an den Arbeitgeberverband geführt, dafür aber die Bauarbeiter einige wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohns. Der Arbeitgeberverband reichte drei Beschwerden ein, die in gemeinschaftlichen Sitzungen der beiden Siebenerkommissionen erledigt wurden.

Versammlungen haben 19 stattgefunden. Auf den Bauten ist der Vertrauensmann im ganzen 112 mal gewesen auf Grund eingelaufener Beschwerden. Sitzungen der Siebenerkommission haben 19, des Vorstandes 11 stattgefunden, ferner eine Sitzung der Vorstände aller drei Bezirke. Klagen an Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt und Amtsgericht fertigte der Kassierer 9 an. Der Mitgliederstand war Ende 1904 1575. Neueingetretene sind 268, gestorben 17, ausgeschloffen 2 und ausgetreten 30, zum Militär 29, wegen rückständiger Beitragsleistungen 8 Mitglieder, verblieben also am Schluß des Jahres 1905 1715 Mitglieder in 14 Hauptstellen und 4 Sektionen in insgesamt 26 Orten.

Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 33 270,20 Mk., darunter 148 Mk. für Eintrittsgelder und 33 091,20 Mk. für Beiträge; Ausgabe 14 541,27 Mk., darunter Reiseunterstützung 226,50 Mk., Familie Schöck 397,50 Mk., Krankenunterstützung 3 116,25 Mk., Sterbegeld 1835 Mk., Rechtschutz 247,77 Mk., Lohnbewegung und Bauplätze 418,10 Mk., Prozente an den Zweigvereinen 7858,75 Mk., an die Hauptkasse eingeleistet 18 728,93 Mk.

Die Lokalkasse hatte einschließlich eines alten Bestandes von 3190,26 Mk. eine Einnahme von 17 111,54 Mk., darunter 2434,25 Mk. örtliche Zuschlagsbeiträge à 5 Pfg. und 2476,50 Mk. Ertragsbeiträge, Kassenbestand von drei Hauptstellen 335,75 Mk. Die Ausgabe betrug 13 600,88 Mk., darunter für Streiks in andern Gewerben 565,— Mk., Unterstützung am 1. Mai 4095,— Mk., Unterstützung an Mitglieder 574,24 Mk., persönliche Verwaltungskosten (Vorstand, Revisoren, Versicherungsgelehrer, Sitzungsgelder usw.) 1809,93 Mk., sächliche Verwaltungskosten 4084,93 Mk. (2631,90 Mk. für Einziehung der Beiträge und Kolportage des „Grundstein“). Bestand am 1. Januar 1906 3510,66 Mk. Angenommen wird der Antrag, die Abrechnung den Mitgliedern gedruckt vorzulegen. — In den Vorstand werden gewählt Richter (erster Vorsitzender), Brodhoff (zweiter Vorsitzender), Schleue (Kassierer), Gahn (Stellvertreter), Bernid (Schriftführer), Lang, Best und Voigt (Revisoren).

Lange begründet dann den Antrag auf Anschluß an das Arbeitersekretariat. Bei den Erfolgen des Arbeitersekretariats, dessen Kosten die übrigen organisierten Arbeiter schon lange tragen, können die Maurer nicht als einzige Organisation abseits stehen.

Da h n tritt ebenfalls lebhaft für den Anschluß an. Schleue führt aus, daß keine Mehrbelastung der Mitglieder eintrittem beucht, da erst kürzlich der Verbandsbeitrag erhöht sei. Da das Sekretariat sehr oft auch von Mitgliedern des Verbandes in Anspruch genommen wurde, sei es recht und billig, daß die Maurer auch entsprechend zu den Kosten beitragen. Infolge der hohen Kosten, die wir damals nicht tragen konnten, sind wir nicht früher beigetreten. Der Antrag auf Anschluß an das Sekretariat wird einstimmig angenommen.

Gewerkschaftssekretär Weims gibt seiner Freude über den Anschluß Ausdruck und ersucht um rege Inanspruchnahme des Sekretariats.

Ein Antrag, auf alle Marken im Gebiet des Zweigvereins 5 Pfg. Zuschlag zu erheben, wird gegen drei Stimmen angenommen. — Schleue ersucht um Ausübung einer strengen Nachkontrollen auf den Bauten, um festzustellen, ob die 2 Mark Mai-Ertragsbeitrag für 1905 von allen Mitgliedern gezahlt sind, und um das Festhalten der Beiträge zu verhindern. Nach reger Debatte wird der entsprechende Beschluß einer früheren Versammlung, nach dem die Mitglieder zur Zahlung verpflichtet sind, aufrechterhalten. — Richter bedauert das Verhalten der Reaktionen des „Grundstein“ in der Frage des Generalstreiks und wünscht hierüber eine Diskussion in den Bezirksversammlungen. — In seinem Schlusswort ersucht Lange um rege und läuge Mitarbeit in der gegenwärtigen Zeit. Nachdem er noch bedauerte, daß organisierte Maurer bürgerliche Blätter lesen, fordert er in dringenden Worten zur Unterstützung der „Volksstimme“ auf. Schluß der Versammlung 7 1/2 Uhr.

#### Städtische Arbeiter.

Die erste regelmäßige Mitgliederversammlung am 20. Januar wurde durch einen Vortrag des Kollegen Th. über Religion, Sozialismus und Proletariat eingeleitet. Der Filialkassierer erstattete den Kassenbericht für das letzte Vierteljahr 1905. Es war ein Bestand von 1140,95 Mark vorhanden. Der Mitgliederbestand hat sich erfreulich gehoben. Nach Anhörung der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Der Vorsitzende verlas dann ein Schreiben des Zentralverbandes betreffend Aufregung der Breslauer Kollegen. Der zweite Vorsitzende teilte mit, daß die Entlassung der Breslauer Kollegen schon die Vorstandssitzung beschäftigt habe. Es wurde erwogen, bei einem etwa eintretenden Streik in Breslau sofort 200 Mark zur Verfügung zu stellen. Weiter sollen 500 Mark zur Verfügung gestellt werden mit dem Bemerk, der Hauptvorstand solle diese letzte Summe nach Beendigung des in Aussicht genommenen Streiks wieder an unsere Filiale zurückzahlen. Würde der Streik eine ernste Wendung nehmen, und von längerer Dauer sein, so würden Wege gefunden werden, weiter finanzielle Opfer zu bringen. Die Anregung der Straßenreinigung, am ersten Osterfesttag das Stistungsfest abzuhalten, konnte nicht erfüllt werden, da der „Luisenpark“ nur in Betracht kommen könne und der Saal für diesen Tag nicht zu haben war. Kollege S. regte an, ein Winterbergnügen abzuhalten. Es wurde beschlossen, ein solches im „Dreitaferbund“ zu veranstalten. Ein aus zehn Personen bestehendes Bergnügungskomitee wurde gleich gewählt. Der Vorsitzende schritt noch die Frage an, ein Agitationskomitee zu errichten. Diese Maßregel sei unumgänglich notwendig, um jede Versammlung würdig einzuleiten. Hierzu wurden acht Kollegen gewählt, welche Vorträge zu halten haben. Das Unterstützungsgebet von Niersee wird mit Bezugnahme auf das Ortsstatut abgelehnt.

#### Briefkasten.

Allen Briefkastenansagen ist die Abonnements-Dittung beizufügen. Sämtliche Mitteilungen an die Lesenden erfolgt auch dann, wenn eine Marke beigelegt ist, nicht.

**W. Thies, Stuttgart.** Eine Couplet- und Sonett-Zeitung „Freie Volksstimme“ ist uns leider nicht bekannt.

**Schönebeck.** Für die Opfer der Freiheitskämpfe in Rußland gingen ein: Kindkufe bei A. R. 1,50 Mark. Frobie: Volksversammlung 10,31 Mark. Einer der nicht nasserer 0,40 Mark. Summe Th. Schmidt.

Unsre  
**Extra-  
Preise**

# LANGE & MÜNZER

Anfertigung von  
Masken-Anzügen  
zu billigsten Preisen  
in kürzester Zeit

für **51a Breiteweg 51a**

# Karnevals-Artikel

bieten grosse Vorteile bei jedem Einkauf!

Lahnband gold u. silber, Stüd 10 Meter von	8 Pf. an
Flitter gold und silber . . . . . Paket von	5 Pf. an
Schellen gold und silber . . . . . Duzend von	4 Pf. an
Kolliers . . . . . Stüd von	10 Pf. an
Armbänder . . . . . Stüd von	14 Pf. an
Ohrringe . . . . . Paar von	6 Pf. an
Münzen gold und silber in allen Größen . . . . . Duzend von	2 Pf. an

<b>Masken-Stoffe</b>	
Atlas in vielen Farben . . . . . Meter 75	30 Pf.
Velvet in vielen Farben . . . . . Meter	52 1/2
Sendelstoffe gold- und silberfarbig . . . . . Meter	75 Pf.
Schärpenstoffe römisch gestreift . . . . . Meter	95 Pf.
Tarlatan lamé in allen Stüdfarben Meter	8 Pf.
Tarlatan soufflé in allen Lichtfarben, mit Gold- u. Silberfäden, Mtr.	12 Pf.
Tarlatan glatt in vielen Farben . . . . . Meter	15 Pf.
Jakonett in vielen Farben . . . . . Meter	25 Pf.
Masken-Barchent . . . . . Meter	26 Pf.
Gelbstoffe in weichen Mustern.	

Ball-Handschuhe glatt . . . . . von	15 Pf. an
Ball-Handschuhe durchbrochen . . . . . von	20 Pf. an
Ball-Strümpfe in vielen Farben . . . . . Paar von	12 Pf. an
Rosen in vielen Farben . . . . . Bund von	3 Pf. an
Fächer in Papier, Seide u. . . . . von	5 Pf. an
Zur Anfertigung von Blumen-Kostümen empfehlen wir	
<b>Veilchen, Edelweiß, Mohn</b>	
<b>Wasserrosen und Vergißmelnicht</b>	
in allen Breiten.	

**Bauerntücher, Stoffe, Miederbesätze  
Trachtenbänder**  
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

**Karnevals-Rundhüte . . . . . von 75 Pf. an**  
**Kopfbedeckungen . . . . . von 20 Pf. an**

# Schwibbogen Albert Friedrich Schwibbogen

Da ich mein Geschäft am 1. März nach 22 Altmarkt 22, neben der Löwenapotheke, verlege, veranlasse ich einen

## Räumungs-Ausverkauf.

Es bietet sich hierdurch eine besonders günstige Gelegenheit, zur Konfirmation billig einzukaufen.

Empfehle als ganz besondere Billigkeit:

Ein Posten schwarze Kleiderstoffe große Breite, reine Wolle, Meter von 1.10 Mark an  
 Farbige Kleiderstoffe sowie Blusenstoffe Meter von 80 Pf. an.  
 Unterröcke weiß und farbig, Korsetts in jeder Weise, Damen- und Konfirmanten-Hemden und -Beinkleider, Schürzen, Tücher, Bettwäsche Gardinen, Handtücher, Tischtücher und viele andre Artikel enorm billig.

Vom 1. März nur Altmarkt 22, neben der Löwenapotheke.

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!  
**Bettfedern-Versandhaus**  
**Otto Kaphengst**  
 Magdeburg-Sudenburg  
 2295 Muster franko!

Grüne Siringe in tabelloser Qualität  
 Butterhandl. Edelweiß  
 Sub. S. Lehmann 2487  
 Halberstädterstr. 40.  
 Briefkassetten empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme.

**Geschäfts-Übernahme.**  
 Einem geehrten Publikum von Magdeburg-Neustadt und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich die von Herrn **Herrn. Täger** innegehabte  
**Adler-Drogerie**  
 Lübeckerstraße 24, käuflich erworben habe. Meine langjährige Tätigkeit in dieser Branche bietet Ihnen die sicherste Gewähr der größten Sachkenntnis und soll es stets mein Prinzip sein, mein Geschäft streng solid zu führen. Auch werde ich stets bemüht sein, allen Anforderungen an gentigen und diesen Sie sich der sorgfältigsten und aufmerksamen Bedienung versichert halten. Ich empfehle mein Unternehmen Ihrer gütigen Förderung und zeichne  
 Hochachtungsvoll  
**Carl Reisse**  
 Adler-Drogerie  
 Neustadt, Lübeckerstraße 24.  
 986

Besuchen Sie meinen Ausverkauf  
**Buckauer Schuhwarenhaus**  
 Ecke Gärtnerstr. \* W. Brandt \* Ecke Gärtnerstr.  
 so werden Sie finden, daß Sie in jeder Beziehung vorteilhaft kaufen.  
 — Großer Vorrat noch vorhanden. —  
 2298

# Bevor Sie Ihren Bedarf in Herren- und Knaben-Anzugstoffen

einkaufen, überzeugen Sie sich von den bekannt konkurrenzlos billigen Preisen der Firma

## Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland ./. Himmelreichstrasse 23.  
 Reste in unerreicht großer Auswahl vom Versandlager stets vorhanden.

**KLEINES KONVERSATIONSLEXIKON**  
 Vorrätig in der... Buchhandlung Volksstimme.

Den Vorzeigern dieser Annonce 15 Proz. Rabatt  
 Fast neuer Kinderwagen billig zu verkaufen Morgenstr. 29, Hof. I.  
 Grundstück umfänglich billig zu verkaufen. Näheres bei G. Schultze, Obenfeldt, Poststraße 196.  
 Zwei gut jagende Frettchen zu verkaufen bei Waburg, Hafenstr. 8.

**Heute letzter Tag**  
**Verkaufs**  
 Wiederum erhebliche Preisermäßigung.  
 Herren- u. Damsachen- Anzüge  
 Knaben-Anzüge und Paletots  
 Winter-Paletots u. Joppen  
 Arbeitergarderobe  
 Damen-Jackets und Paletots  
 Damen-Blusen und Kostümstücke  
 Wäsche u. Gardinen  
 Pelz-Kolliers  
 Wand- und Taschen-Uhren  
 Ketten, Ringe usw.  
 Gelegenheitskaufgeschäft  
**Adolph Michaelis**  
 Rathausplatz 1  
 Eingang Apfelstr., erste Tür

**Malkeller**  
**Spielplan.**  
 Nur exkl. Spezialitäten.  
 Parterrejaal:  
**„Zur Venus-Grotte“**  
 Neu! Damen-Orchester Neu!  
 Dir.: F. Baril.  
 Variété-Ensemble Thuringia  
 Dir.: E. Baade.  
 Montag den 5. Februar  
**Kostümfest**  
 Eintrittskarten sind im Theaterbureau zu haben.

**Lebens-Vers.-Anstalt**  
**Außenbeamte** für Sterbekasse ohne ärztliche Untersuchung und Kinder-Versicherung. — Bei entsprechender Leistung wird Fixum und Tagegeld gezahlt. Auch Nichtschleier und Frauen werden berücksichtigt. Offerten unter R. S. 143 an Haasenstein & Vogler, A.G., Magdeburg, erbeten.

**Reißzeuge** empfiehlt die Buchhdlg. Volksstimme  
**Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter**  
 Verwaltung Magdeburg  
 — Telefon 276. — Bureau: Stephansbrücke 38. —  
 Sonnabend den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr  
**Generalversammlung**  
 im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße 7.  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1905.  
 2. Jahresbericht für 1905.  
 3. Bericht der Revisoren.  
 4. Wahl der Gesamtverwaltung.  
 5. Wahl des Bundesrates.  
 6. Wahl der Kartelldelegierten.  
 7. Bundesangelegenheiten.  
 Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Luisen-Park.**  
**Voranzeige.**  
 Zu dem am Sonntag den 4. Februar stattfindenden Instrumental- und Solokonzert hat der Solobaronist Herr Hermann Geistmeier seine Mitwirkung zugesagt.

**Im Zirkus**  
 Donnerstag und Freitag, abends 8 Uhr  
**Auf allgemeines Verlangen!**  
**Mädchenhändler**  
 Sittenbild in 5 Akten von F. F. Hirsch.  
 Mit kolossalem Erfolge angeführt in Berlin und fast allen Hauptstädten.  
 Preise der Plätze wie gewohnt. Vorverkauf im Circus und bei Jacobs, Altrichbogen.  
 Nur Erwachsene haben zu den Aufführungen von „Mädchenhändler“ Zutritt!  
 Sonnabend nachmittags 4 Uhr  
**Auf allgemeines Verlangen!**  
**Maria Stuart.**  
 Erwachsene zahlen auf allen Plätzen, außer Loge, 20 Pf. Kinder 10 Pf.  
**Voranzeige.**  
 Donnerstag den 3. Februar  
**Großer Bühnen-Maschinenball.**

**Salze. Stadt Hamburg. Salze.**  
 Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr  
**Grosse Volksversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Des preussische Dreiklassenwahlrecht (Referat: Postkellner Gen. Holzgasse).  
 2. Verschiedenes.  
 Parteinotizen! Agieren für guten Erfolg dieser Versammlung.  
 Der Einberufer.

**Halberstadt Sozialdemokr. Wahlverein**  
 Donnerstag den 1. Februar 1906 abends 8 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
 in Bollmanns Lokal, Bakenstraße 63.  
 Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der außerordentlichen Generalversammlung in Bernburgerstr. 2. Bekanntgabe der Beschlüsse. 3. Verschiedenes.  
 Einen guten Besuch erwartet  
 Der Vorstand.

**Kaiser-Panorama**  
 Breiteweg 134, I.  
**Reise durch d. malerische Tirol von Innsbruck bis Kufstein.** — Interessante Reise auf der Donau von Passau bis Wien, Budapest

**Herren-Abende**  
 Von Hermann Schöndorff.  
 Nr. 1. —  
 Buchhandl. Volksstimme  
 Lemsdorf 22 Wohnung, 1. Abr. Osterleeberstraße 14.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag den 1. Februar 1906.  
 Die Heirat wider Willen.

**Wilhelm-Theater.**  
 Donnerstag den 1. Februar 1906.  
 Benefiz für Herrn Rudolf Frenzel.  
**Das Jungfernstift.**

**Burg.** 2489  
**Todesanzeige.**  
 Mittwoch früh 5 Uhr verschied nach qualvollem Leiden im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Buchhändler  
**Louis Blumtritt.**  
 Burg, den 31. Jan. 1906.  
**Marie Blumtritt**  
 geb. Zierau  
 und Kinder.  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend mittags 12 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Kollegien darüber zu entscheiden haben, wenn sie die Benutzung der Volksschulräume außerhalb der Schulstunden gestatten wollen, sondern ausschließlich die Schuldeputation. Die Verfügung über städtisches Eigentum würde den städtischen Behörden entzogen, und damit ein Eingriff in ihre Rechtsphäre gemacht werden, wie man ihn seitdem gegenüber niemals wagen würde. Die Schuldeputation ist nach dem neuen Gesetz Organ der Schulaufsichtsbehörde, soweit es sich um die Ausübung der Schulaufsicht handelt. Sie wird also zu einer Unterbehörde und verliert dadurch die Selbständigkeit, die sie als Organ der Selbstverwaltung hatte. Zugleich wird dadurch das alte Recht der Gemeinden auf Ausübung der Schulaufsicht, das nach dem Schulaufsichtsgesetz von 1872 gesichert wurde, vollständig vernichtet. Insofern aber die Schuldeputation Organ der Regierung auf dem Gebiete der Schulaufsicht ist, wird ihr jede Selbständigkeit genommen.

Auch in der Zusammenfassung der Schuldeputation zeigt sich der staatliche und nicht kommunale Charakter dieser Behörde. Ihre Mitglieder werden nur zum Teil von den Gemeindebehörden gewählt, und zwar die Mitglieder, die dem Gemeindevorstand angehören, von dem Bürgermeister, und die gleiche Zahl von Mitgliedern von der Stadtverordneten-Versammlung. Die sachverständigen Mitglieder der Deputation werden von den der Schuldeputation angehörenden Mitgliedern des Gemeindevorstandes und den Stadtverordneten gewählt. Die Gemeindebehörden sind also das Recht, die Kommission zu bilden, bewahrt, und wir haben das eigenartige Verhältnis, daß ein Teil der Kommission, nicht die gesamte Kommission, einen anderen Teil kooperiert. Das staatliche Element ist vertreten durch den zuständigen Kreisinspektor, also den staatlichen Schulbeamten. Er hat Sitz und Stimme in der Kommission. Wo mehrere Inspektoren vorhanden sind, treten höchstens drei ein. Wo kein Kreisinspektor vorhanden ist, ernannt die Schulaufsichtsbehörde einen Vertreter. Dazu kommt dann ferner je der älteste Ortspfarrer der evangelischen und katholischen Kirche, der Rabbiner nur, wenn er am Orte wohnt.

Der Entwurf entscheidet einen weiteren Streitpunkt zwischen Selbstverwaltung und Staatsbürokratie, selbstverständlich wiederum zugunsten der letzteren. Das von der Regierung wieder und wieder in Anspruch genommene, ebensooft aber auch von den Gemeindebehörden bestrittene Bestätigungsrecht gegenüber den Mitgliedern der Schuldeputation wird ihr vom Entwurf erteilt. Dabei wird eine weitere Neuerung eingeführt, in der die grenzenlose Macht der Staatsbürokratie recht drastisch zum Ausdruck kommt. Die Bestätigung der Schuldeputationsmitglieder ist nämlich widerrechtlich. (1) Die Regierungsbehörde kann also Mitglieder, die ihr irgendwie unbenquem und lästig werden, jederzeit aus der Deputation entfernen.

So sieht die Schuldeputation in den Städten aus. In den Landgemeinden hört jeder Schein eines Zusammenhangs der zwischen die Gemeindebehörden und die einzelnen Schulen eingeschobenen Schulvorstände mit der Selbstverwaltung auf. Diese bestehen aus dem Ortschulinspektor als Vorsitzenden, dem Gemeindevorsteher, einem von der Schulaufsichtsbehörde bestimmten Lehrer der Schule und dem Pfarrer, ferner aus einer gewissen Zahl von Einwohnern der Konfession, der die Lehrkräfte der Schule angehören. Ihre Zahl wird durch Beschluß der Gemeindeorgane bestimmt, gewählt werden sie von der Gemeindevertretung. Selbstverständlich ist auch hier die widerrechtliche Bestätigung vorgeschrieben. Da der Ortschulinspektor in der Regel ein Geistlicher ist, so bilden diese Schulvorstände eine edle Verbindung von Staat und Kirche, geschaffen, um der Einwohnerzahl und der Lehrerschaft jeden Einfluß auf die Volksschule zu nehmen.

Die Anstellung der Lehrer erfolgt hinfert durch die Schulaufsichtsbehörde. Das Vorschlagsrecht, das in Schulverbänden mit mehr als 25 Schülern in der Schuldeputation sowie den Schulvorständen gegeben wird, ist rein fiktiv, da die Regierung die Vorschläge nur zweimal abzulehnen braucht, um vollständig freie Hand zu bekommen. In kleineren Schulverbänden werden die genannten Organe überhaupt nur gehört, und für die Anstellung von Direktoren, Hauptlehrern mit Leitungsbefugnissen gilt das gleiche für alle Schulverbände. Bei der Besetzung von Stellen durch Vererbung im Interesse des Dienstes gibt es weder Vorschlag noch Anhörung. Die Motive bemerken zu diesen Bestimmungen, daß bisher in einem Teile der Monarchie die Kommunalbehörden allerdings ein Präsentationsrecht gehabt hätten, während in einem anderen Teile eine gesetzliche Pflicht zur Beteiligung oder Anhörung der Gemeinde oder Ortschulbehörden überhaupt nicht bestanden hätte. Daher (1) wäre allgemein das staatliche Anstellungsrecht durchzuführen. Selbstverständlich — wie hätte den Befähigten des Einwurfs auch der Gedanke kommen können, daß man umgekehrt eine Verallgemeinerung des Präsentationsrechts oder sogar ein unbeschränktes Anstellungsrecht der Gemeinden fordern könnte? —

**Dem Gewerkschaftskartell angegeschlossen** haben sich jetzt auch die Maurer. Damit sind sämtliche hier bestehende Gewerkschaften auch Mitglieder des Kartells und ihre Mitglieder berechtigt, die Hilfe des Sekretariats in Anspruch zu nehmen.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma C. Renz Nachfolger in Peine haben sämtliche Dreher, Schloffer, Schmiede und Gelbgießer die Arbeit niedergelegt. Die dortigen Kollegen erwarten, daß die Magdeburger Metallarbeiter diesen Ort streng meiden. Wir machen es übrigens den hiesigen Metallarbeitern zur Pflicht, vor Annahme von Arbeit Erkundigungen im Bureau der Metallarbeiter, Knochenhauerw. 27/28, einzuschaffen.

**Herr Drechlermeister Richard Behling** sendet uns eine Berichtigung, in der er behauptet, er sei allen seinen Verpflichtungen nachgekommen, so daß von Vertragsbruch bei ihm nicht die Rede sein könne. Es sei nicht wahr, daß ein Mann, als er die Einhaltung der unständigen Arbeitszeit und den Durchschnittslohn verlangte, gemäßregelt worden sei. Der betreffende Arbeiter habe derartige Forderungen nicht erhoben und sei aus ganz anderen Gründen entlassen worden. Wir denken, die Leitung des Holzarbeiterverbandes wird sich zu dieser Berichtigung noch äußern.

**Wieder ungünstige Polizeiverordnungen.** In vielen Orten schreibt die Polizei bei Vergnügungen, die an Sonnabenden stattfindend, vor, bis zu welcher Morgenstunde die Vergnügen ausgedehnt werden dürfen. Sie stützt sich dabei auf die Verordnung vom 22. August 1900 über „Seilhaftigkeit“ der Sonn- und Festtage. Weil diese Verordnung bestimmt, wann an Sonn- und Festtagen Vergnügungen beginnen dürfen, glaubt die Polizei berechtigt zu sein, auch Vorschriften über die Nachstunden vom Sonntagabend zum Sonntag machen zu dürfen. Nach wiederholten Entscheidungen des Kammergerichts ist diese Auslegung unzutreffend. Die angezogene Verordnung erstreckt sich nur auf die an Sonntagen beginnenden Vergnügungen, nicht aber auch auf die am Sonntag früh endenden Lustbarkeiten. Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat nun die örtlichen Polizeiverordnungen unterrichtet, daß infolge der Kammergerichtsentscheidungen in Zukunft bei Langmühen, Wälen und andern Lustbarkeiten in der Nacht zu Sonn- und Festtagen keine Einschränkung über die Endstunde vorgenommen werden dürfe. Da auch in der Provinz Sachsen

die Polizei Vorschriften macht, bis zu welcher Morgenstunde an Sonntagen Vergnügen ausgedehnt werden dürfen, mag auf die Entscheidungen des Kammergerichts und die Anordnung des Oberpräsidenten von Hannover hingewiesen sein.

**Die Budauer Ortskrankenkasse** hat vor einiger Zeit ihre Auflösung beschlossen und wird am 1. Februar ihre Mitglieder auf die anderen hier bestehenden Ortskrankenkassen verteilen. Diesen Vorgang benutzt die „Magdeb. Bzt.“ zu einem Angriff gegen die Sozialdemokratie, die natürlich wieder einmal Schuld an der Auflösung der Kasse tragen soll. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die Budauer Ortskrankenkasse überhaupt keine sozialdemokratische Verwaltung besaß. Im Vorstand saßen allerdings Arbeitnehmer, die ihrer politischen Überzeugung nach Sozialdemokraten sind, aber der Nebentant war alles andere, nur kein Sozialdemokrat. Der Mißerfolg der Budauer Ortskrankenkasse ist darauf zurückzuführen, daß die Kasse eine Anzahl verkränkter Fabrikanten in sich aufnehmen mußte. Mit irgend einer Partei hat es nichts zu tun. Das geht schon daraus hervor, daß die Aufsichtsbehörde die Mitglieder nun an andere „sozialdemokratische“ Ortskrankenkassen überweist.

**Patriotischer Mob.** Beim Japsenstreich am Vorabend des Geburtstags von Wilhelm 2. muß es wieder toll zugegangen sein. Die patriotischen Stammgäste der „Budauer Bierhalle“ und ähnlicher Lokale benutzten solche Anlässe ja gewöhnlich zu allerhand Ausbrüchen, Rohheiten und Verhöhnungen von Unfug. In diesem Jahre gestellte sich dazu der Diebstahl von Hüten. Der Polizeibericht meldet heute, daß mehrfach Männer die Hüte vom Kopfe weggehoben worden seien. Mehrfach mußte auch die Polizei gegen die Bürgen einschreiten, die mit ihrem Geschrei und Geschrei selbst die Pfeifen und Trommeln der Soldaten überboten. Am roten Sonntag ereigneten sich solche Vorkommnisse wie beim Japsenstreich nicht. Das macht: Es waren Sozialdemokraten, aber keine „Patrioten“, die an diesem Tage demonstrierten. Am roten Sonntag erwies sich auch die Polizei als höchst überflüssig, beim Japsenstreich bedurfte man ihrer aber sehr dringend.

**Arbeiter, Arbeiterinnen! Gedenkt der Protest-Versammlungen am Freitag und sorgt für einen Massenbesuch.**

**Sterblichkeitsstatistik.** Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 7. bis 13. Januar 1906 von je 1000 Bewohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Berlin 15,4, Bremen 17,2, Charlottenburg 14,9, Breslau 21,2, Köln 19,4, Wormen 12,1, Eberfeld 13,4, Düsseldorf 15,8, Baden 24,7, Dortmund 20,1, Essen 10,4, Königsberg 23,3, Frankfurt a. M. 13,5, Wiesbaden 18,2, Magdeburg 18,7, Stettin 18,1, Altona 19,1, Straßburg 18,7, München 17,7, Nürnberg 16,7, Augsburg 19,8, Dresden 15,3, Leipzig 15,4, Stuttgart 12,9, Karlsruhe 13,6, Mannheim 11,8, Braunschweig 14,8, Hamburg 19,0, Mainz 18,6, Kassel 14,1, Darmstadt 14,7.

**Im Kaufsch.** In einer schönen Herbstnacht wurde ein alter Mann beobachtet, der durch ein offenes Fenstern in die Barterrewohnung Werfstraße 33 einstieg. Dem Schutzmann Jung kam das verdächtig vor, er weckte Mitbewohner des Hauses und hörte, daß die fragliche Wohnung von einer jungen Frau, deren Mann auf Reisen sei, allein bewohnt werde. Die Frau selbst sei jedoch ebenfalls nicht zu Hause, sondern ausgegangen. Der Schutzmann stieg nun ebenfalls durch das Fenster und fand in der Stube auf dem Sofa schlafend den Schiffer Wilhelm Lene aus Wittkau vor. Derselbe war angetrunken und erklärte, er habe mit der Wohnungsinhaberin geteilt und sie habe ihn bestellt. Als die Frau von dieser Angabe hörte, stellte sie Strafantrag. Gestern erklärte Lene vor dem Schöffengericht, er sei nicht von der Frau bestellt gewesen, habe auch nicht mit ihr geteilt. Er sei lediglich aus Versehen in die Wohnung gestiegen. Er habe durch ein Fenster in die nahegelegene böhmische Restauration Klettern wollen, um dort, wo er sehr betrunken sei, seinen Kaufsch auszuschlafen. Der Angeklagte wurde des Hausfriedensbruchs schuldig befunden und mit 10 Mark Geldstrafe belegt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß er, wissend in welche Wohnung er stieg, gegen den Willen der Inhaberin dies getan habe.

**Vorsicht! Langsam und wenig drehen!** Allen Telefonangehörigen möge nachstehende Mitteilung zur Warnung dienen, die aus Düsseldorf kommt: Vom Schöffengericht wurde der Prokurist einer Geschäftsfirma wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte durch vorchriftswidrig schnelles und häufiges Umdrehen der Induktorkurbel des Telefons beim Bedienen des Apparets die schwere Verletzung einer Telegraphengehilfin verschuldet, die gegenwärtig noch vollständig dienstunfähig ist. Der Geschäftsfirma war damals der Fernsprechanschluß sofort entzogen worden, auch hat gegen sie als Inhaberin des Anschlusses die vorletzte Klage auf Schadenersatz anhängig gemacht.

**Unfälle.** Der Stellmacher Adolf Proje fiel am Dienstagabend von der Treppe, sich dadurch eine schwere Kopfverletzung zuziehend. Der Maurerlehrling Bruno Kopp fiel am Dienstagabend beim Bau des neuen Rathauses von einer Leiter. Er brach sich den rechten Arm und zog sich auch noch eine Fußverletzung zu. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt.

**Von der Feuerwehr.** Dienstagabend 9 1/2 Uhr mußte ein Kommando der Hauptwache auf dem Schuttabladepark auf dem Kotehorn ein gestürztes Pferd aufrichten. — In der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr hatte ein Bäckersjunge einen Feuermelder in der Eberdorferstraße gezogen, weil er in der Steinfabrikstraße Feuer bemerkt haben wollte. Ein Löschzug der Hauptwache fand nirgends eine Feuergefahr.

**Gewerkschaftsbewegung.** Eine Firsch-Dunker'sche Schauerwär. Im Mai des vorigen Jahres wählte das Gewerkschaftsorgan „Der Regulator“ wieder einmal von einer abschließlichen Tat der freien Gewerkschaftler zu berichten. In einer Nürnberg'schen Fabrik, in welcher 35 Arbeiter beschäftigt sind, von denen 34 dem Deutschen Metallarbeiterverband und einer dem Gewerksverein angehören, sei ein hinterlistiger Ueberfall auf den einzigen Firschen verübt worden. Der Mißvertraute Müller vom Deutschen Metallarbeiterverband habe sich darauf zu dem Unternehmer begeben und die Entlassung des mißhandelten Firschen verlangt. Der Unternehmer habe diesem auch nachgegeben, zu kündigen, da er sonst gewärtigen müsse, „von hinten durch einen Steinwurf verletzt zu werden“. Schließlich wurden die Leser aufgefordert, ähnliche Fälle der Redaktion zu berichten, damit man solche Halunkenstreiche an die Öffentlichkeit bringen könne. Müller stellt gegen den „Regulator“-Redakteur Gleichauf Forderungsgläubige, die jetzt vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt wurde. Gleichauf war eigens von Berlin nach Nürnberg gekommen, um seinen Sieg an Ort

und Strafe zu feiern, er fiel aber schmachlich hinein. Aus den Gegenaussagen ergab sich, daß der „hinterlistige Ueberfall“ nichts weiter als eine gewöhnliche Balgerei zwischen dem Firschen und einem anderen Arbeiter war, wobei jeder Teil Schuld trug. Müller war zu dem Unternehmer nur deshalb gekommen, um eine gleichmäßige Behandlung der beiden Arbeiter zu bewirken und die Sache in Gütigkeit zu regeln. Bald darauf erschien auch eine Firsch-Dunker'sche Kommission, der auch Herr Gleichauf angehörte, bei dem Unternehmer, wobei sie den richtigen Sachverhalt erfuhr, trotzdem scheute man sich nicht, diese Klübergeschichten in die Welt zu setzen. Außerdem wurde festgestellt, daß Müller schon bei früheren Differenzen zwischen den Firschen und anderen Arbeitern auf eine gütliche Einigung hingewirkt hatte. Die Firsch-Dunker'sche Behauptung, daß dieser Lerrenmann nur bezweckt habe, den Gewerksvereiner zum Eintritt in den Metallarbeiterverband zu veranlassen, wurde durch die Feststellung widerlegt, daß der brave Mann früher jahrelang dem Verband angehört hatte, aber ausgeschlossen worden war. Gleichauf wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, während Müller 25 Mk. Geldstrafe erhielt, weil er vor 15 Monaten in einer Versammlung Gleichauf als Streikbrecherlicher bezeichnet hatte.

## Letzte Nachrichten.

### Die russische Revolution.

\* London, 31. Januar. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Schanghai befindet sich Wladimiroff noch immer in den Händen der Revolutionäre. Die Kofaten geben den Kampf mit ihnen auf und verließen die Stadt. Der kommandierende General von Wladimiroff soll ums Leben gekommen sein.

\* London, 31. Januar. Aus Petersburg wird gemeldet: Zwanzig Dörfer wurden auf Befehl des General Michanow in der Gegend von Kirrilly niedergebrannt. General Michanow und seine Truppen haben unter der Bevölkerung ein furchtbares Blutgericht gehalten, um sie wegen ihrer politischen Unzuverlässigkeit zu bestrafen.

\* Riga, 31. Januar. Gestern früh drang eine Anzahl Bewaffneter, darunter Weiber, Bittsteller markierend, in das hiesige Detektivpolizeubureau und begann eine Revoluzzerkriege, wobei ein Schutzwache verwundet, eine andere Schutzwache getötet wurde. Darauf bestreiten die Eindringlinge fünf schwere politische „Verbrecher“ aus den Haftzellen und entkamen. Die im Polizeiamt stehende Halbkompanie wurde in der Verwirrung zu spät benachrichtigt.

\* Riga, 31. Januar. Die Lage beginnt sich in der Stadt wieder zuspitzen. Gestern abend wurden abends heritene Schutzmanspatrouillen in der Gertrudenstraße beschossen. Ein Schutzmann wurde getötet, zwei andere schwer verwundet. Auch das Polizeigebäude, aus dem am Morgen Gefangene befreit wurden, ist abends von revolutionären Scharen wieder angegriffen worden. Das dort stationierte Militär erwiderte das Feuer und tötete mehrere Personen.

\* Riew, 31. Januar. Die Gärung ist überall wieder im Wachsen trotz aller Repressalien oder eher dank der Reaktion. In Waffilow bei Riew sind neue Judenextrawälle ausgebrochen. Die jüdischen Häfen und Häuser wurden geplündert und angezündet. Die Polizei selbst führt die „schwarze Horde“. Die Einwohner flüchten in die Nachbarstädte.

Sd Petersburg, 31. Januar. Aus Rebal wird berichtet, daß zwei englische Matrosen gesten auf der Straße von russischen Soldaten erschossen wurden, weil sie die Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht verstanden hatten.

\* Oldenburg, 31. Jan. Mit 30 gegen 6 Stimmen trat der Landtag einem Antrag auf Einführung der direkten Wahl zum Landtage bei. Die Regierung erklärte sich bereit, eine entsprechende Vorlage zu machen.

\* Hamburg, 31. Januar. Die „Frankf. Bzt.“ hört, besteht bei den Freunden des Wahlsystems die Absicht, gewisse Abstimmungen zu beantragen. Es besteht ferner der Wunsch, die Abstimmung über die Verfassungsänderung heute zu ermöglichen, doch sind vorläufig noch 13 Redner eingeschrieben.

\* Lübeck, 31. Januar. Die Bürgerchaft richtete an den Senat das dringende Ersuchen, bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den staatlichen und städtischen Arbeitern die Pensionsberechtigung, eine Witwen- und Waisenfürsorge zuerkennt.

\* Zürich, 31. Januar. Der reaktionäre Bürgerverband beschloß in seiner Generalversammlung, eine Volksinitiative für Verschärfung des Strafgesetzes gegen Ungehelichkeiten und Gewalttätigkeiten der Sozialdemokratie, also für eine Art Sozialistengesetz einzuleiten.

\* Wien, 31. Januar. In der gestrigen Sitzung des österreichischen Parlaments wurde zunächst die Retrukenvorlage beraten. Der feudale und verrückte Graf Sternberg zog gegen die Greifenwirtschaft in der Armeelös, dann griff er das Parlament an, weil es ruhig zugehört habe, als er in seiner Immunität verletzt worden sei. Es sei keine gesetzgebende Körperschaft, sondern ein Regierungsmitteln. Einem so inkonsequenten Ministerpräsidenten wie Gausch dürfe man keine Retruken bewilligen. Gausch habe die Wahlrechtsreform den Sozialdemokraten zuliebe gemacht. Er habe einen Sohn, der aus dem Dispositionsfonds des Grafen Gutschowski 6000 Gulden beziehe, ein Schwiegersohn, ein Staatsbeamter, habe Armengebeider defraudiert, und auf Ersuchen des Preßbureaus Sternberg sei die Tatsache geheimgehalten worden. Hierauf bestrich Sternberg die Inkonsequenz Gutschowski's. Dieser habe genau gewußt, daß Stambulow werde ermordet werden. Ein General, der 65 Jahre alt geworden sei, gehöre ins Wahlsjunkturkabinett, hinter den Kamin, aber nicht an die Spitze der Arme. Ministerpräsident Gausch wies die Angriffe des Grafen entrüstet zurück, gab aber zu, daß es in Anbetracht der Amtsführung einer ihm nahestehenden Persönlichkeit gegeben habe. Diese habe aber den Staatsdienst sofort verlassen müssen.

Sd. Dux, 31. Januar. Eine gestern hier abgehaltene außerordentlich stark besuchte Bergarbeiterversammlung beschloß, falls bis 11. Februar die bekannten Forderungen betreffend eine Lohnerhöhung von 25 Prozent nicht erfüllt werden, am 12. Februar in den Aufstand zu treten. In der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß auch die anderen Bergreviere sich dem Aufstand anschließen werden.

## Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Salze-Weserhäfen im Lokale des Herrn Sandmann; Branche der Elektromonture im Lokale von Ed. Thiering. — Sonntag den 4. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Generalversammlung der Mitglieder aller Bezirke im „Luisenpark“. Montag den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Budau im „Thalia“-Saal, Dorotheenstr. 14. Siehe auch Inserat morgen.

Sachsenarbeiter-Gesangsverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr bei Hl. Mannmann Uebungsstunde.

Freie Turnerschaft, Cracau. Freitag den 2. Februar 1906 außerordentliche Generalversammlung. 430

Schönebeck. Volksverein. Donnerstag den 1. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung. 427

## Briefkasten.

D. S. Wenz. Sie müssen uns die genaue Zahl der Wochen, für die Beiträge gezahlt wurden, und auch die Beitragsklasse angeben, wenn wir Ihnen Ihre Frage beantworten sollen.

# H. Lublin

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

## Restbestände

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

### Barchent- und Woll-Blusen

<b>Velourbarchent-Blusen</b> in karierten Dessins, schräg verarbeitet Wert 3.75 <u>Restbestand</u>	<b>90 Pf.</b>	<b>Körperbarchent-Blusen</b> in verschiedenen Ausführungen, mit Falten und Säumchen garniert Wert bis 2.00 <u>Restbestand</u>	<b>1.35</b>	<b>Velour- u. Körperbarchent-Blusen</b> in gestreiften und karierten Dessins, sehr elegant verarbeitet Wert 2.50 <u>Restbestand</u>	<b>1.85</b>
<b>Velour- u. Eiderbarchent-Blusen</b> in prima Stoffen, aparte Muster, in bester Verarbeitung Wert 3.75 <u>Restbestand</u>	<b>2.50</b>	<b>Gezwirnte Barchentblusen</b> in hochaparten gestreiften und karierten Dessins, mit Paspel- u. Schleifengarnierung Wert bis 5.00 <u>Restbestand</u>	<b>3.75</b>	<b>Eiderbarchent-Blusen</b> Prima Stoff, hochaparte Dessins, eleganteste Verarbeitung Wert 6.25 <u>Restbestand</u>	<b>4.50</b>
<b>Gemusterte Wollblusen</b> aus prima Bibernestoff, Vorderteil in breiter Falte und Knopfergierung Wert 5.00 <u>Restbestand</u>	<b>3.50</b>	<b>Gemusterte Wollblusen</b> Foulé- und Lama Stoff, in hellen und dunklen Dessins, schräg verarbeitet Wert 6.00 <u>Restbestand</u>	<b>4.75</b>	<b>Gemusterte Wollblusen</b> in gestreiftem und kariertem Lama Stoff, in hochaparter Verarbeitung Wert 8.00 <u>Restbestand</u>	<b>6.25</b>

### Damen-Unterröcke

<b>Damentuch-Unterröcke</b> Bolant, 3 mal mit schwarz-weißer Lige garniert Wert 1.40 <u>Restbestand</u>	<b>1.00</b>	<b>Eiderbarchent-Röcke</b> karierte Muster, breiter Bolant, mit Handlanguette <u>Extrapreis</u>	<b>1.40</b>	<b>Damentuch-Unterröcke</b> mit breitem plissiertem Bolant, 5 mal mit schwarz-weißer Soutache besetzt Wert 2.75 <u>Restbestand</u>	<b>1.95</b>
<b>Köpertuch-Unterröcke</b> mit hohem Plissé-Bolant, mit zweifarbiger Lige reich garniert Wert 4.25 <u>Restbestand</u>	<b>3.00</b>	<b>Damen-Unterröcke</b> aus woll. Velourstoff, mit Treffe reich garniert und aus prima Körperbarchent, Bolant in 10 Reihen mit schwarzer Lige garniert Wert 4.75 <u>Restbestand</u>	<b>3.50</b>	<b>Moiré-Unterröcke</b> mit baumwollenem Flanellfutter verarbeitet mit hohem Bolant Wert 3.75 <u>Restbestand</u>	<b>2.90</b>
<b>Damen-Unterröcke</b> aus Satin mit Seidenglanz, mit baumw. Flanellfutter, mit hohem Bolant, reich garniert Wert 3.50 <u>Restbestand</u>	<b>2.75</b>	<b>Damen-Unterröcke</b> aus prima Satin, mit baumw. Flanellfutter mit hohem Bolant, mit Säumchen garniert Wert 4.75 <u>Restbestand</u>	<b>3.40</b>	<b>Damen-Unterröcke</b> aus bestem Satin, mit baumw. Flanellfutter Bolant mit Frijur, sehr reich mit Säumchen verarbeitet Wert 6.50 <u>Restbestand</u>	<b>4.75</b>

### Kostüm-Röcke

<b>Kostüm-Röcke</b> aus schwarz-grün gemustertem Stoff, in 3 Reihen mit Treffen garniert Wert 5.00 <u>Restbestand</u>	<b>3.75</b>	<b>Kostüm-Röcke</b> aus schwarzem Cheviot, Satintuch, Diagonstoff, mit Treffen, Blenden in verschiedenen Ausführungen Wert 8.50 <u>Restbestand</u>	<b>6.75</b>
<b>Kostüm-Röcke</b> aus schwarzem Tuch, Cheviot, mit Treffen reich garniert Wert 4.75 <u>Restbestand</u>	<b>4.50</b>	<b>Kostüm-Röcke</b> aus schwarz-weiß gemustertem Stoff, mit Stoffblenden und seidnen Treffen garniert, und aus prima Satintuch, mit plissierter Atlasblende in 3 Reihen garniert Wert 12.00 <u>Restbestand</u>	<b>9.60</b>